



RUHRSTAHL



2

FEBRUAR
1959

Verlagspostamt Witten

Werkzeitschrift

Nur für Betriebsangehörige

PORTRAIT DER ARBEIT



Titelfoto:

Schichtwechsel

Mitten hinein in den Strom der den Werkstoren zustrebenden Hüttenleute „schoß“ unsere Kamera, aus den Tausenden einige wahllos herausgreifend: Gesichter, noch angespannt von der Arbeit, schon gelöst im fröhlichen Gespräch, einzelne ein wenig übelgelaunt, da der Magen knurrt. Auf manchen Mienen spiegelt sich nicht nur Müdigkeit, sondern auch noch Ärger, den es am Arbeitsplatz gegeben haben mag. Der Weg von der Arbeit nach Hause ist ein Übergang von den beruflichen zu den häuslichen Sorgen, aber auch Freuden. Zunächst wird von allen gemeinsam der Weg nach Hause mit gemessener Eile angetreten. Jenseits der Werkstore aber zerfällt die Gemeinsamkeit, und jeder strebt in einer betont individuellen Gangart den heimischen Penaten zu.

Foto: Ahlborn

Rücktitel:

Mach' dir ein paar schöne Stunden . . .

Eigentlich ist der „Kintopp“ besser als sein Ruf. Der Film gestattet dem Bürger für einige Stunden aus der Eingeleisigkeit der Routine des Alltages auszubrechen und auf der Leinwand Vorgänge mitzuerleben, die ihn durch mehr oder minder große Anteilnahme, ja Identifizierung mit den Akteuren der Leinwand, aus seinem farblosen Dasein herausheben. Er durchmißt Erdteile und Zeiträume, er wird, wenn er will, strahlender Liebhaber, Abenteurer, Held, kurz alles, was zu erleben oder zu erreichen er nur träumen darf. Nur Stunden währt die Illusion, und doch ist sie eine Rechtfertigung des von Kulturkritikern oft geschmähten Kinos „um die Ecke“.

Foto: Ahlborn

Der Schmied Walter Nieswand ist seit 1937 auf der Henrichshütte tätig. Den überwiegenden Teil seiner Hüttenzugehörigkeit war er in der Schmiede der Werkzeugmacherei beschäftigt.

In dieser Schmiede, die zu den Bearbeitungswerkstätten gehört, werden sämtliche Drehstähle, die auf der Hütte Verwendung finden, hergestellt. Es gibt etwa 30 verschiedene Formen, die jeder der 3 Schmiede beherrschen muß. Täglich stellt jeder Schmied – im Durchschnitt aller Stähle – über 100 Werkzeuge her, die je nach Art und Verwendungszweck anschließend z.T. mit Hartmetallen plattiert werden. Obwohl für jedes Werkzeug Schablonen vorhanden sind, führt jahrelange Berufserfahrung dazu, daß die Werkzeugschmiede ihre Stähle frei schmieden.

Foto: Ahlborn

Wen interessieren Wirtschaftsprobleme?

Fast jede in der Bundesrepublik oder Westberlin erscheinende Tageszeitung verfügt über einen sog. Wirtschaftsteil, mag er auch in vielen Fällen im Raum beschränkt und im Inhalt anspruchslos sein. Zahlreiche Wochenschriften berichten und kommentieren ausgiebig und zum Teil schon fast in wissenschaftlicher Form das nationale wie internationale Wirtschaftsgeschehen. Endlich erscheint noch periodisch eine fast unübersehbare Flut wirtschaftlicher Fachzeitschriften, die sehr speziell jedem an wirtschaftlichen Fragen besonders Interessierten die Antworten gibt, die er über seinen Wirtschaftszweig zu erfahren wünscht. An Informationsmöglichkeiten über Wirtschaftsfragen besteht offensichtlich bei uns kein Mangel. Eine Umfrage aber zeigt bald, daß diese umfangreiche aktuelle Wirtschaftsliteratur nur einer recht beschränkten Leserschaft als Lektüre dient, und zwar jenen, die fast ausschließlich aus beruflichen Gründen „Fachliteratur“ lesen müssen.

Wie aber steht es nun mit dem Wirtschaftsteil in den Tageszeitungen? Die Erfahrung zeigt, daß dem Wirtschaftsteil das geringste Interesse von allen Spalten der Zeitung gilt. Dementsprechend anspruchslos ist dann auch häufig genug die Wirtschaftsberichterstattung, von Kommentaren ganz zu schweigen. Sport und Lokales rangieren beim Durchschnittsleser an der Spitze. Für Wirtschaftsfragen aber interessiert sich der Durchschnittsleser nur sehr am Rande.

Das ist außerordentlich bedauerlich, denn jeder Berufstätige ist schließlich ein Teil der Wirtschaft. Die Entwicklung des wirtschaftlichen Geschehens müßte ihn also interessieren, denn die Konjunkturschwankungen, die Preisbewegungen, die Auftragslage und zahlreiche andere täglich in den Zeitungen wiedergegebene Wirtschafts-Tatbestände berühren ihn, den Berufstätigen, oft sehr persönlich. Gelegentlich riskiert der eine oder andere wohl auch einen Blick in den Wirtschaftsteil, aber nur allzu rasch läßt er von diesem Beginnen ab, denn er erkennt, daß er, will er diese Artikel verstehen, ein regelrechtes Wörterbuch der Wirtschaft besitzen müßte. Schnell erlahmt dann das Interesse oder aber er behält ein paar falsch verstandene Wahrheiten im Kopf, die in einem Gespräch – mit Überzeugung wiedergegeben – den Sachverhalt, wie ihn die Zeitung ursprünglich druckte, völlig auf den Kopf stellen.

Diese Beobachtung kann man in fast allen Bevölkerungskreisen machen, gleichgültig, ob man sich mit Ärzten, Rechtsanwälten, Lehrern, Beamten oder Arbeitern und anderen nicht unmittelbar im Wirtschaftsleben in führender Stellung tätigen Menschen spricht. Die Unkenntnis und das Desinteresse an wirtschaftlichen Zusammenhängen ist keineswegs eine Frage des Bildungsgrades, sondern eine persönliche Gleichgültigkeit zahlloser Menschen, für die die Ausdrucksweise des Wirtschaftlers eine „Fremdsprache“ ist.

Das politische Tagesgeschehen hat in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße das Interesse sehr breiter Bevölkerungskreise gefunden. Hier kann man – und das macht die Sache leichter – Persönlichkeiten mit politischen Programmen identifizieren; auf der Landkarte kann man eine gewisse Vorstellung von den Verschiebungen der Machtverhältnisse im politischen Raum erkennen. Hier hat man es häufig mit konkreten Sachverhalten zu tun. Für Wirtschaftsfragen aber kann sich die Mehrzahl der Bürger nicht erwärmen, denn für die meisten von ihnen ist schließlich nur der Inhalt der eigenen Geldbörse so etwas wie ein Gradmesser der Wirtschaftsentwicklung. Erst hier wird die sonst abstrakte Wirtschaft für den einzelnen wirklich konkret. Nur zu wenige Menschen wissen um die vielfach überragende Bedeutung, die wirtschaftlichen Tatbeständen beigemessen werden muß, wenn es um die Existenz des einzelnen wie der Wirtschaft geht.

Sicherlich ist dem einen oder anderen Leser bei der Lektüre der Tageszeitung aufgefallen, daß sich in zunehmendem Maße Politik und Wirtschaft nicht nur in vielen Fragen berühren, sondern ineinandergreifen, ein Ganzes bilden. Der Begriff „Wirtschaftspolitik“ deutet dies an. Die Montanunion, der Gemeinsame Markt, die Weltbank, die finanziellen Hilfsprogramme für Entwicklungsländer sind sämtlich nicht nur auf rein wirtschaftliche Erfordernisse gegründet, sondern haben jeweils einen sehr soliden politischen Hintergrund.

Aber wir brauchen nicht erst in die internationale Politik zu gehen, um Zusammenhänge von Politik und Wirtschaft zu erkennen. Es genügt vollauf im eigenen Land zu bleiben: Denken wir nur an unsere engere Heimat, das Ruhrgebiet, und an die Schwierigkeiten, mit denen der Ruhrbergbau gegenwärtig zu kämpfen hat. Hier stehen sich wirtschaftliche Notwendigkeiten und politische Erfordernisse zum Teil gegenüber.

Die Menschen im Revier werden wohl in den vergangenen Monaten mehr als anderswo im Bundesgebiet einen Blick in die Wirtschaftsspalten der Tageszeitungen geworfen haben, denn die gegenwärtigen Probleme im Bergbau oder in der Eisen schaffenden Industrie erheischen doch von der Mehrzahl der Ruhrbevölkerung ein ganz besonderes Interesse. Aber in Gesprächen erkennt man rasch, daß die Zeitung meist nur flüchtig gelesen wurde, man aber schnell mit einem Urteil bei der Hand ist. Das heißt aber, die Dinge zu leicht nehmen und sich einer wirklichen Information verschließen.

Wir haben seit Bestehen der Ruhrstahl-Werkzeitschrift immer wieder Stellung genommen zu wirtschaftlichen oder wirtschaftspolitischen Fragen, die den Leser interessiert haben dürften. Wir haben dabei nicht nur versucht, komplizierte Tatbestände einfach und anschaulich darzulegen, sondern wir haben auch stets mehrere Meinungen zu einem Problem dem Leser zu interpretieren versucht. Diese Artikel, meist grundsätzlicher Art, stellen nichts weiter dar als eine Zusammenfassung bereits in den Tageszeitungen publizierter Tatsachen, die aber erfahrungsgemäß zumeist nur flüchtig gelesen wurden. Ein Industrieunternehmen steht nicht für sich allein, sondern ist Teil eines Wirtschaftszweiges, der wiederum Teil der Gesamtwirtschaft ist. Wir sehen unsere Aufgabe u. a. darin, die Verbindungslinien aufzuzeigen, die zwischen dem Werk und der Gesamtwirtschaft bestehen.

Die Gewerkschaften haben ebenfalls seit langem erkannt, daß der Arbeiter und Angestellte mit Wirtschaftsfragen vertraut gemacht werden muß. Viele von ihnen sind in Betriebsräten und Aufsichtsräten tätig und müssen sich sogar an verantwortlicher Stelle mit der Unternehmenspolitik – also betriebs- und volkswirtschaftlichen Fragen – auseinandersetzen.

Wir leben heute in einer Zeit, in der Wirtschaft und Politik ein immer engeres Verhältnis miteinander eingehen. Wollen wir uns in dieser Welt nur einigermaßen zurechtfinden, einen geistigen Standort finden, dann müssen wir versuchen, sowohl den wirtschaftlichen als auch den politischen Ereignissen auf nationaler wie internationaler Ebene auf der Spur zu bleiben. Wenn wir die Tageszeitung lesen, sollten wir nicht – wie es leider so oft geschieht – nur rasch die Lokal- und Sportseite durchblättern, dann die Zeitung weglegen und sagen: Es ist rein gar nichts los in der Welt! Leider ist „mehr los“ in unserer Welt, als uns lieb sein kann. Ein Blick auf die Wirtschaftsseite ist ebenso nützlich wie die Lektüre des „politischen Teils“. Man erkennt Zusammenhänge. Und das ist wichtig.

RUHRSTAHL WERKZEITSCHRIFT

Nr. 2 Februar 1959

Aus dem Inhalt:

	Seite
Portrait der Arbeit: Schmied (Werkzeugmacherei)	2
Redaktionskommentar: Wen interessieren Wirtschaftsprobleme?	3
Schichtwechsel	4-7
Kunst im Revier: Orchester der Stadt Bochum	8/9
Bochum: Neues vom Theaterspielplan	10
Wirtschaft: Gemeinsamer Markt	11
Verkehr: ... und der Tod fährt mit	12/13
Hüttenlok heizt Wohnungen	15
Das Rheinstahl-Geschäftsjahr 1958	16/17
Die Rente: Was es zu beachten gilt; Erste-Hilfe-Kurse	18/19
Unfallschutz: Viele Unfälle vermeidbar, wenn ...	20
Kurzkomentar: Straßenbahn-Tarife	22

Herausgeber: Ruhrstahl Aktiengesellschaft, Witten

Verantwortlich: Siegfried Westphal, Leiter der Presse-Abteilung

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Heiko Philipp,
Witten-Annen, Stockumer Straße 10, Telefon 65 41
Nebenanschlüsse 72 70/72 69

Fotos: Werkzeitschrift Ahlborn (40)

Illustrationen: Siebeck (4)

Klischees: Proll und Kropf, Bochum

Druck: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen

Auflage: 15 400

Kostenlose Abgabe an die Betriebsangehörigen

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion



SCHICHTWECHSEL



Ein Mann geht zur Schicht. Ohne besondere Eile durchquert er die große Werkshalle. Gelegentlich grüßt er den einen oder anderen an den Maschinen, an denen er vorübergeht. In der Hand trägt er ein Päckchen, eingewickelt in Zeitungspapier, das noch sauber ist, wie seine Hände: die Butterbrote. Eigenartig, daß sich auch heute, im Zeitalter automatischer Maschinen und ferngesteuerter Produktionsprozesse das Zeitungspapier vielfach noch immer als Einwickelmateriale für Butterbrote erhalten hat, wie zu Vorväterzeiten.

In wenigen Minuten beginnt die neue Schicht. Der Mann in Arbeitskleidung ist bald nicht mehr allein auf seinem Weg zum Arbeitsplatz. Einzeln und in Grüppchen betreten jetzt immer mehr Arbeiter die Werkshalle, von den Kauen kommend. Andere Männer, schmutzig, verölt die Hände, die Gesichter abgespannt, der eine oder andere eine abgeschabte, leere Mappe unterm Arm, kommen ihnen entgegen. Die kommende und gehende Schicht begegnen einander; man grüßt sich, man geht aneinander vorbei – und kennt sich vielfach nicht. Es sind ja so viele, die im Rhythmus der Schichten einander begegnen ...

Es ist die letzte Viertelstunde, bevor die Werks sirenen den Schichtschluß verkünden. Die Wachablösung erfolgt nicht genau auf die Minute. Es ist wie ein zuerst kaum merkliches Sicken zweier gegenläufiger Ströme, die, je mehr die Zeiger auf die volle Stunde rücken, anschwellen. Sie verlaufen ineinander, bilden in den Kauen und an den Stechuhren Strudel, gehen wieder auseinander, der eine Strom in die Betriebe, der andere in Richtung Werkstore.

Die Minuten verrinnen; unbittlich rücken die Uhrzeiger auf die volle Stunde. Einzeln, zu mehreren, verlassen sie die stets nach Schweiß, Seife und feuchter Kleidung riechende Kave. Eine neue Schicht beginnt. Die meisten haben längst aufgehört, zu zählen, wie viele es schon waren. Eines Tages feiert man sein 25jähriges Arbeitsjubiläum – und wundert sich, wie rasch die Zeit vergangen ist.

An den Ofen und Drehbänken, Pressen und Gießgruben, an vielen hundert Arbeitsplätzen, an denen zwei und dreischichtig gearbeitet wird, warten die Männer der auslaufenden Schicht. Sie warten auf die Ablösung. Wie selbstverständlich treffen sich die Kommenden und die Wartenden am gemeinsamen Arbeitsplatz. Händeschütteln, ein gemurmelter Gruß. Kaum bemerkt der Außenstehende die Übergabe der noch in Bearbeitung befindlichen Werkstücke. Die Arbeitskarten, die Zeichnungen werden der kommenden Schicht kurz erläutert. Ein prüfender Blick der Neuankömmlinge auf die Maschinen. Rasch ist die Lage gepeilt. Jeder Handgriff ist bekannt. Die Produktion geht weiter, für sie gibt es keinen Schichtwechsel. Die Ofen laufen durch, nach ihren eigenen Gesetzen, die Maschinen stehen nicht still.

Die Männer aber, die einander ablösen, denken in diesen Augenblicken nicht an die Gesetze der Technik. Sie übernehmen nur den Arbeitsplatz, den andere soeben verlassen. Für die einen beginnt der Arbeitstag – gleichgültig ob es 6 Uhr morgens, 14 Uhr mittags oder 22 Uhr nachts ist; für die anderen aber ist Feierabend.



Schichtwechsel, das bedeutet Feierabend für die einen, Arbeitsbeginn für die anderen. Im Morgengrauen kommen sie, die Hüttenmänner, zu Fuß, einzeln, in Gruppen, mit dem Fahrrad, dem Moped und Motorrad, per Auto, Eisenbahn, Autobus oder Straßenbahn. Um Mittag und zu Beginn der Nacht wiederholt sich dieses Bild, dieses Zuströmen einiger tausend Männer auf einen bestimmten Punkt.

Im Schatten der Dunkelheit, im Morgengrauen oder bei sinkender Nacht gleichen sie einander im Schritt, in der Kleidung, im Ausdruck der Gesichter. Aber auch in der Mittagshelle haften ihnen etwas an, das sie einander gleichen läßt. Noch ertönen die Sirenen nicht, noch ist der Schritt der Männer ohne Hast. Sie passieren die Torhäuser, verteilen sich strahlenförmig auf die Werksstraßen, den Waschkauen der verstreut liegenden Betriebe zustrebend.

Es ist die letzte Viertelstunde, es sind die Minuten vor dem Beginn jenes Drittels eines Tages, in dem sie ihr tägliches Arbeitspensum zu erfüllen haben. Die eisernen Türen der Spinde in den Kauen klappern. Die Tageskleidung wird gegen die staubige, verschmutzte Arbeitskleidung ausgetauscht. Eine Zigarette, ein kurzer Schwatz mit dem Kollegen noch. Seltsam kontrastiert die dunkle Arbeitskleidung mit den noch blanken Gesichtern, den noch sauberen Händen.

Noch ein kurzer Klön, ein kurzer Gruß, und die Männer der beendeten Schicht verlassen die Ofenbühnen, die Gießereien oder Bearbeitungsbetriebe. Die Füße kaum hebend und ein wenig gebeugt, mit verstaubten, verschwitzten Gesichtern viele, so gehen sie in die Waschkauen.

Noch sind einige Nachzügler der neuen Schicht an den Spinden, aber im Nu sind die Kauen erfüllt vom Gespräch der Männer, die sich jetzt auf ihr Bett zu Hause, auf eine gute Mahlzeit freuen. Für sie ist wieder ein Arbeitstag zu Ende.

Die Zeiger der Uhren auf dem Werk zeigen die volle Stunde an. Die Werks sirenen heulen auf. In Hattingen und Welper hört man ihren gleichmäßigen Ton, der wohl manchen an die „Luftentwarnung“ langverganger Kriegstage erinnern mag. Schichtschluß verkünden die Sirenen, die auf dem Werk den Vierundzwanzig-Stunden-Kreislauf des Tages in Drittel aufteilen.

Wie Lumpen fallen die einzelnen Stücke der schweißfeuchten Arbeitskleidung; unter der Brause waschen sie mit viel Seife den Schmutz der Schicht von den müden Leibern. Feucht und heiß ist es jetzt in den Kauen. Wasserdampf mischt sich mit Zigarettenrauch, mit dem beißenden Qualm uralter, abgegriffener Tabakspfeifen. Dann verläßt einer nach dem anderen,



Auf dem Weg zur Schicht



Kommende und gehende Schicht

Landfein...



In der Kaue



SCHICHTWECHSEL

noch ein wenig müder geworden nach dem Dampfbad, aber sauber bis hinter die Ohren, die Kaue.

Einige Nachzügler der neuen Schicht müssen sich einen Weg bahnen durch die Mauer der Männer, die es nun nach Hause drängt.

Die letzte Viertelstunde vor Schichtschluß ist abgelaufen. Fast überall sind die Männer der neuen Schicht bereits an ihren Arbeitsplätzen. Der Rhythmus des Werkes läßt sich nicht aufhalten. Den Maschinen und Öfen ist es gleichgültig wer sie bedient. Aber sie wollen bedient sein. Pünktlich, fachgerecht.

Die Männer der abgelaufenen Schicht passieren die Torhäuser. Fahrräder, Mopeds werden in Bewegung gesetzt. Motoren werden angelassen. Dicke Mensentrauben stehen an den Straßenbahn- und Autobushaltestellen. In Richtung Welper und Hattingen gehen sie, Hunderte, ihrem Heim entgegen. Für sie ist Feierabend, gleichgültig ob die Sirenen 6 Uhr Früh, 14 Uhr Mittag oder 22 Uhr Nacht verkündet haben.

Die Torhäuser liegen nun still, nur einen gelegentlichen Besucher passieren lassend. Wo eben noch Gedränge herrschte, ist es nun ruhig – bis zum nächsten Schichtwechsel ...



An der Stechuhr



Beginn des Feierabends ...

... nach Hause





KUNST IM REVIER

In der Ruhrstahl-Werkzeitschrift Nr. 11/58 berichteten wir über das Schauspielhaus Bochum. Mit einem Bericht über das Orchester der Stadt Bochum setzen wir unsere Reihe „Kunst im Revier“ fort.

Guten Morgen, meine Herren! Mit elastischem Schritt besteigt der 36jährige Generalmusikdirektor der Stadt Bochum, Franz-Paul Decker, das Dirigentenpodium. Auf der Bühne des Bochumer Schauspielhauses hat das Orchester bereits Platz genommen. Es wird still, ein paar halblaute Worte des Dirigenten an die Musiker, der zierliche Taktstock hebt sich ... Einsatz ... Eine der fünf Proben vor jedem der zwölf Hauptkonzerte je Spielzeit hat begonnen.

64 Mann stark ist das jetzt 40jährige Bochumer Orchester, das übrigens eines der ganz wenigen reinen Symphonieorchester Westdeutschlands ist. Über die Hälfte des Klangkörpers entfällt auf die Streichergruppe (36 Instrumente). In den zweieinhalb Spielzeiten, in denen das Bochumer Orchester unter der Obhut Franz-Paul Deckers steht, hat es sich leistungsmäßig ständig gesteigert. Einfallsreichtum zeichnet das Programm aus, das von der Barockmusik bis zur modernen Musik reicht. Bekannte Werke der Klassik (Bach, Haydn, Beethoven, Mozart u. a.) werden ebenso aufgeführt wie unbekannte Meister und umstrittene moderne Komponisten. Letztere insbesondere in den vier Studiokonzerten, die einem besonders interessierten Publikum Werke von Strawinski, Britten, Fortner, Stockhausen, Henze, Hindemith, Bartok u. a. zu Gehör bringen. Zwei von Decker dirigierte Meisterkonzerte sowie drei Sonderkonzerte beschließen den Programmreigen. Die acht Kammerkonzerte pro Saison werden hauptsächlich von auswärtigen Musikern bestritten. Nicht vergessen seien die oft international bekannten vorzüglichen Solisten, die im Rahmen der Hauptkonzerte ihre virtuose Kunst dem Publikum aus dem Revier darbieten.

Mit der Einrichtung sog. Jugendkonzerte hat Bochums Musikchef eine in der Bundesrepublik einzigartige Einrichtung geschaffen: an sechs Abenden pro Saison wird Jugendlichen im Alter von etwa 14–20 Jahren Musik nahegebracht, und etwa der Aufbau einer Symphonie oder Ouvertüre, die menschliche Stimme (Sopran, Alt, Tenor, Baß) u. a. erklärt; diese mit praktischen Beispielen durch Orchester oder Sänger anschaulich gemachten Musikprobleme und Erläuterungen musiktechnischer Fragen erfreuen sich inzwischen einer derartigen Beliebtheit, daß gegen Ende der vergangenen Spielzeit rund 3000 Jugendliche in der Bochumer Nord-Süd-Halle an jedem dieser Abende teilnahmen. Viele mußten sogar enttäuscht umkehren. Kein Platz.

Als Generalmusikdirektor obliegt Decker die Auswahl des Konzertprogramms, wobei er Wert darauf legt, kein Stück zu wie-

Jugend lernt Musik verstehen

Der Dirigent



ORCHESTER DER STADT BOCHUM

derholen. Das bedeutet für ihn mehr Arbeit (er kennt übrigens jede Note der von ihm dirigierte Stücke auswendig), garantiert aber dem Konzertbesucher jedes Mal eine Spielzeit mit Überraschungen. Decker, der als Jurymitglied der schweizerischen Stiftung Concours International tätigen Anteil an der Förderung junger Musiker nimmt (und ihnen im Rahmen seiner „Konzerte junger Künstler“ eine Chance gibt), ist der dynamische Motor seines Orchesters. Schon als 21-jähriger war er in Krefeld Generalmusikdirektor geworden. Über Köln und Wiesbaden führte sein Weg nach Bochum. Kritiker und andere Kenner sagen ihm noch eine große Zukunft voraus.

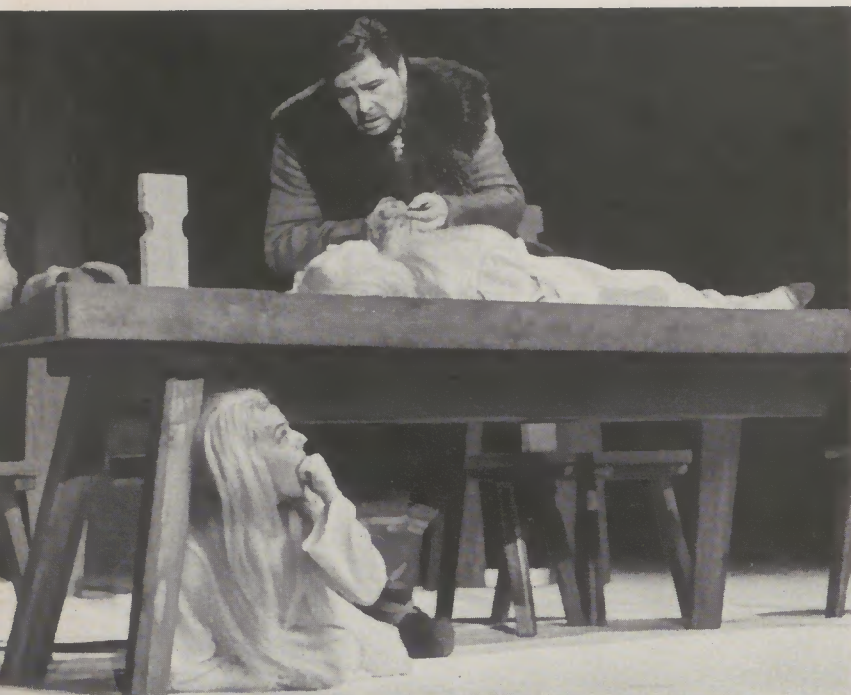
Elfengleich tänzelnd führt er behutsam das Orchester, bei Tempowechsel wie ein Derwisch seine Musiker beschwörend, gleichsam auf sie niederfahrend, dann wieder ruhig in der Haltung; nur das akzentuierte Spiel der Arme und ein leises Wippen der Füße verraten dann dem Besucher im Parkett, daß hier ein Musiker am Pult steht, der Noten nicht allein mit dem Verstand dirigiert, sondern in dem die Musik lebendig ist, im Herzen, in jedem Muskel seines Körpers. Er verlangt viel von seinem Orchester, aber mindestens ebenso viel von sich selbst. Die Stadt Bochum aber darf stolz darauf sein, daß ihr Orchester unter der leitenden Hand von Franz-Paul Decker erheblich an Bedeutung gewonnen hat, was nicht zuletzt durch die Einladung des Orchesters zu den Weltfestspielen in Brüssel im vergangenen Jahr dokumentiert wird.



Musiker

Das Orchester





SCHAUSPIELHAUS BOCHUM

NEUES VOM SPIELPLAN

Die vergangenen Monate brachten für den Bochumer Theaterbesucher einen wahrhaft internationalen Spielplan: Mitte Januar fand die Premiere von Gerhart Hauptmanns „Winterballade“ (1917) statt. Das „Herrenhaus“ (1923) des Amerikaners Thomas Wolfe lief mit dem gerade 70 Jahre alt gewordenen Paul Hartmann in der Hauptrolle viele Wochen. Die nicht tot zu kriegende Klamauk-Komödie „Charley's Tante“ (1892) aus der Feder des Engländers Walter Brandon-Thomas fand auch in Bochum ein begeistert-erheitertes Publikum. Die Kammerspiele boten mit „Der Privatsekretär“ (1953) eine gesellschaftskritische Studie englischer Provenienz, geschrieben von dem Wahlengländer T. S. Eliot.

Die bedeutenden Theaterereignisse waren zweifellos das „Herrenhaus“ und die „Winterballade“ (beide Inszenierungen von Hans Schalla).

Der Verfall des „Herrenhauses“ ist sichtbarer Ausdruck für den



Untergang einer Feudal-Epoche in der Geschichte der amerikanischen Südstaaten; er ist aber zugleich Symbol für alles Absterbende, Überlebte. General Ramsay (P. Hartmann), der Feudalherr alten Stils, weicht mit Haltung dem Neuen, Formlosen. Der Sohn, sich auflehnend gegen den Vater, das Neue spürend, es erwartend, ist aber nicht stark genug, sich gegen das Neue zu behaupten. Mit ihm bricht das Herrenhaus zusammen.

Blutig ist die „Winterballade“, Mord und Raub Ausdruck größtlicher Hemmungslosigkeit. Das Doppelleben der Mörder, der tragische Gewissenskonflikt des einen, an dem sich durch die Geliebte die Rache der von ihm Gemordeten vollzieht, sind die dramatischen Äußerlichkeiten dieses Hauptmann-Stücks. Sein tieferer Sinn: das endliche Selbstgericht des Schuldigen, jedes Schuldigen...

Unsere Fotos oben stammen aus der „Winterballade“, das rechts unten aus dem „Herrenhaus“. Das Bild links unten zeigt eine heitere Szene aus „Charley's Tante“.



GEMEINSAMER MARKT: Das Europa der Sechs

Was aber wird aus der Freihandelszone?

Am 1. Januar 1959 wurden die ersten konkreten Maßnahmen des sog. Gemeinsamen Marktes wirksam, zu dem sich die sechs Montanunionsländer — Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg — bereits am 1. Januar 1958 zusammengeschlossen haben (vergl. Ruhrstahl-WZ 3/58). Während sich im abgelaufenen Jahr zunächst die verschiedenen Behörden des Gemeinsamen Marktes, an deren Spitze die unabhängige Kommission steht (Präsident: Prof. Hallstein), in Brüssel etabliert haben, soll nun das Vertragswerk stufenweise in die Tat umgesetzt werden. In unserem Aufsatz wollen wir versuchen, unseren Lesern einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Situation des Gemeinsamen Marktes und die Aussichten für eine Freihandelszone zu geben.

Als in der Silvesternacht 1958/59 die ersten Güter „von Europa nach Europa“ die Grenzen zwischen Staaten der Montanunion überschritten, war für kurze Zeit aller Zank und Ärger, der in den vergangenen Monaten die Lösung wirtschaftspolitischer Probleme auf europäischer Ebene überschattet hatte, vergessen. Der Gemeinsame Markt, der als Wichtigstes zunächst eine 10%ige Zollsensenkung innerhalb der Mitgliedstaaten sowie eine weitere Liberalisierung der noch zwischen diesen Staaten bestehenden Einfuhrkontingente (Wareneinfuhrbeschränkung) mit sich brachte, trat in jener Nacht aus dem Stadium grauer Theorie in die allerdings nicht ganz ungefährliche wirtschaftliche Wirklichkeit.

Eigentlich muß man zugeben, daß der 1. Januar 1959 ein historisches Datum sein sollte. Verschiedentlich wurde sogar der Vergleich mit dem 1. Januar 1834 zitiert. Damals nämlich wurde der Deutsche Zollverein aus der Taufe gehoben, der die zahlreichen deutschen Kleinstaaten zu einer Zollunion zusammenschloß, die allerdings eine Vorstufe zur politischen Vereinigung der deutschen Fürstentümer zum Deutschen Reich darstellen sollte.

Auch der Gemeinsame Markt, die sog. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), ist im Grunde eine solche Zollunion, doch ist noch sehr fraglich, ob sich aus ihr jemals ein „Europa-Reich“ entwickeln wird. Es gibt in den verschiedenen Ländern — im Gegensatz zum Nationalgefühl — kein ausgeprägtes europäisches Bewußtsein, mag auch der Europa-Gedanke in breiten Bevölkerungsschichten ein erfreuliches Echo finden.

Gemeinsamer Markt: Leise, still und heimlich

Die EWG begann nicht mit einem Paukenschlag, wie weiland die Deutsche Zollunion; sie kam leise, still und heimlich mit der Absicht, Jahr für Jahr einen neuerlichen Schritt in Richtung auf ein zumindest wirtschaftlich geeintes Europa zu machen.

Das Kernstück der EWG bildet die Zollunion ihrer Mitgliedstaaten, die in zwölf, spätestens aber fünfzehn Jahren Wirklichkeit geworden sein soll. Der Abbau der Binnenzölle, also der Zollschranken zwischen den sechs Staaten der EWG, soll nach einem Zollabbauschema gemäß einem festgelegten Zeitplan stufenweise erfolgen. Sowie die innerhalb des Gemeinsamen Marktes bis jetzt noch bestehenden Zölle verschwunden sind, tritt gegenüber dritten Ländern — die für die Wirtschaftsgemeinschaft Ausland bleiben — ein gemeinsamer Außentarif in Kraft, der bereits in der Übergangszeit vorbereitet werden soll. Nach Möglichkeit will man den Zollabbau nach innen und die Errichtung des Außentarifs zeitlich weitgehend gleichschalten. Um Schwierigkeiten und Härten in der Anwendung der Verfahren bei den Mitgliedstaaten tunlichst zu vermeiden oder sie doch zu mildern, können befristete Ausnahmen und Erleichterungen gewährt werden.

Darüber hinaus wurde der Handel innerhalb der sechs Mitgliedstaaten weiter „liberalisiert“, d. h. bisher noch für bestimmte Waren bestehende Einfuhrkontingente sollen um 20% erhöht werden (sie müssen mindestens 3% der nationalen Produktion dieser Waren ausmachen). Gleichzeitig wurden sämtliche Kontingente in sog. „Global-Kontingente“ umgewandelt, d. h. zweiseitige Kontingentabmachungen, beispielsweise zwischen Frankreich und Deutschland, sind nicht mehr zulässig. Vielmehr sollen die Kontingente jetzt gleichermaßen von allen sechs Mitgliedstaaten genutzt werden können. Es ist also nun der Initiative des einzelnen überlassen, günstiger anzubieten als der Wettbewerber eines anderen EWG-Landes, um sich so einen größeren Anteil an den Einfuhrkontingenten der anderen Partner sichern zu können.

Neben dem Abbau der Zolltarife, die innerhalb der EWG gelten sollen, ist natürlich der Außenzolltarif, der für Einfuhren aus Nichtmitgliedsländern erhoben wird, von erheblicher Bedeutung. Alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen größeren Ausmaßes innerhalb der Sechser-Gemeinschaft werden stets eine nicht unbeträchtliche Ausstrahlung insbesondere auf die übrigen europäischen Länder besitzen. Um Zolldiskriminierungen solcher Länder tunlichst

zu vermeiden, mußte die erste 10%ige Zollsensenkung der EWG bereits dergestalt vorgenommen werden, daß sie nicht den künftigen gemeinsamen Außenzolltarif der EWG-Staaten unterschreitet. Obwohl der gemeinsame Außentarif erst am Ende der ersten vierjährigen Übergangsperiode, und dann auch erst zum Teil, wirksam werden soll, geistert er bereits heute schon durch alle Verhandlungen, in denen europäische Lösungen diskutiert werden.

Freihandelszone: Verhandeln, verhandeln...

In engem Zusammenhang mit der EWG steht das Projekt der sog. Freihandelszone (vergl. Ruhrstahl-WZ 4/58), um deren Bildung im vergangenen Jahr hart gerungen wurde — bislang leider ohne Erfolg. Nach dem Scheitern der Verhandlungen im Dezember vergangenen Jahres wurde sie mit neuem Elan Mitte Januar 1959 wieder auf die europäische Tagesordnung gesetzt; die Tatsache, daß der Gemeinsame Markt trotz aller — insbesondere britischer — Unkenrufe — seit dem 1. Januar 1959 konkrete Formen angenommen hat, mag hierbei mitgeholfen haben.

Sinn der Freihandelszone wäre, grob gesprochen, eine Art Zollunion „Großeuropas“ (zu den Staaten der EWG würden sich neben Großbritannien noch Schweden, Norwegen, Dänemark, die Schweiz und Österreich sowie Portugal hinzugesellen). Es würde an dieser Stelle zu weit führen, wollte man alle Schwierigkeiten erörtern, die sich bei der beabsichtigten Bildung einer europäischen Freihandelszone ergeben. Während die kleineren an dieser Zone interessierten Staaten im wesentlichen nationale Bedenken in Einzelfragen beiseite zu stellen bereit sind, da das Zustandekommen der Freihandelszone für sie — auf lange Sicht gesehen — nur von Vorteil sein kann, haben sich zwei große Staaten in dieser Frage regelrecht zu „feindlichen Brüdern“ entwickelt.

Gemeint sind Frankreich und Großbritannien. Mit der Bildung des Gemeinsamen Marktes glaubte sich Großbritannien — bislang Europas „ungläubiger Thomas“ — plötzlich vom kontinentalen europäischen Markt isoliert. Allein der Gedanke daran ließ in London den Gedanken aufkommen, eine „Freihandelszone“ zu schaffen, die alle europäischen Länder umfassen sollte. In ihrem Rahmen sollten alle zur Zeit noch bestehenden vielfältigen Handelsbeschränkungen im europäischen Warenverkehr etwa im gleichen Umfang und Tempo wie in der EWG abgebaut werden.

Großbritannien war aber gleichzeitig auf die Erhaltung der wirtschaftlichen Bindungen zu seinem Commonwealth bedacht und hoffte, mit Hilfe der Freihandelszone eine zweckmäßige Brücke zwischen der Zollunion der EWG und seinem Vorzugszollsystem mit dem Commonwealth schlagen zu können.

Die Einbeziehung der Vorzugszölle wäre insbesondere für den Landwirtschaftssektor außerordentlich bedeutsam, da bei Wegfall dieses Systems die Länder der Freihandelszone ihre Agrarerzeugnisse zollbegünstigt nach England einführen könnten, sehr zum Schaden des Commonwealth. Man ging sogar soweit, am Verhandlungstisch zu versuchen, die Landwirtschaft ganz aus der geplanten Freihandelszone auszuklammern.

Davon aber wollten Frankreich, Holland, Italien, also Länder der EWG und Großexporteure an Agrarerzeugnissen, nichts wissen. Da Frankreich überdies noch zu guter Letzt seine afrikanischen Gebiete mit in den Rahmen der EWG hineinlanciert hatte, England aber nur ohne das Commonwealth der Freihandelszone beitreten wollte (es betrachtet das Commonwealth als eine „private“, d. h. englische Freihandelszone), kam es zum Knall: Frankreich warf den Briten vor, sie wollten zwar an der EWG auf dem Umweg über die Freihandelszone teilhaben und deren Vorteile für sich nutzen, nicht aber — gewissermaßen als Gegenleistung — ihre Sonderstellung im Commonwealth gegenüber Kontinentaleuropa aufgeben. Darüber hinaus fürchtet Frankreich eine Freihandelszone, da sie eine Aufweichung des EWG-Vertrages, in den es sich zahlreiche Ausweichklauseln und Sonderbestimmungen zur Absicherung gegen etwaige wirtschaftliche Risiken eingebaut hat, mit sich bringen könnte.

Dieses stark ausgeprägte Sicherheitsbedürfnis, ein Charakteristikum der zu Ende gegangenen Vierten Republik, mag sich in der Fünften Republik unter der starken Hand de Gaulles erheblich vermindern. Bislang lebte Frankreich in der Furcht, von Großbritannien und Westdeutschland wirtschaftlich — und damit möglicherweise auch politisch — an die Wand gedrückt zu werden.

Um die Jahreswende hat das neue Frankreich nun gezeigt, daß es auch den Mut zu einem Sprung ins kalte Wasser aufbringt: die

(Fortsetzung Seite 14 unten)

Der Verfasser dieses Artikels hat in den vergangenen zwei Jahren mit dem Pkw rund 100 000 Kilometer zurückgelegt. Er befuhr Autobahnen, Bundesstraßen und Gemeindewege. Er quälte sich durch Großstadtverkehr und durchfuhr Kleinstädte und Dörfer. Aber er fuhr nicht nur auf bundesdeutschen Straßen. Auch das Ausland lernte er aus der Sicht des Kraftfahrers kennen. Unser Artikel ist ein Erfahrungsbericht, den jeder lesen sollte, der Verkehrsteilnehmer ist, und das ist jeder, ob motorisiert oder nicht.

Kleine Ursachen, gräßliche Folgen

Über zehntausend Menschen sterben jährlich im bundesdeutschen Straßenverkehr: Autofahrer, Motorradfahrer, Fahrradfahrer und nicht zuletzt Fußgänger. Ohne Unterschied greift sich der Verkehrstod blutige Anfänger, deren Führerschein kaum vier Wochen alt ist und Berufsfahrer (Ehrenplakette für 25jähriges unfallfreies Fahren), selbstsichere Herrenfahrer und angeberische Jünglinge. Der Verkehrstod mährt erbarmungslos jeden nieder, der in einer heiklen Situation nur um einen Bruchteil einer Sekunde zu spät reagiert, der nur für Sekunden unaufmerksam ist, oder wer nur dem verderblichen Glaubenssatz huldigt, daß Geschwindigkeit keine Hexerei sei. Gleichzeitig aber werden in den meisten Fällen dann auch Unschuldige in Mitleidenschaft gezogen, müssen wegen des Versagens anderer sterben oder schwere Verletzungen erleiden.

Fast täglich lesen wir in der Lokalpresse von irgendeinem Verkehrsunfall, das Menschenopfer forderte. Vielleicht war der eine oder andere Leser selbst einmal Zeuge eines solchen Unfalls, hat selbst gesehen, wie ein Wagen gegen einen Baum prallte, einem Geschoß gleich berstend am Widerstand des unnachgiebigen Stammes; oder er hat mit ansehen müssen, wie zwei Wagen mit hoher Geschwindigkeit aufeinanderstießen, sich zu einem unentwirrbaren Knäuel Stahlblech ineinander verkeilend. Wer so etwas schon einmal miterlebt hat, dem werden die gräßlichen Todesschreie grauenhaft verstümelter Menschen noch lange in den Ohren klingen.



Ein Haufen Schrott, ein paar leblose, zuckende, wimmernde und röchelnde Körper. Blut mischt sich auf dem Pflaster mit einer sich ausbreitenden Öllache. Eben war es noch ein chromglitzerndes Auto, dessen Insassen fröhlich lachend irgendeinem Ziel zustrebten. Nur Sekunden liegen zwischen dem freundlichen Bild und dem Bild schrecklicher Zerstörung. In der Zeitung lesen wir dann, lapidar: An den Folgen eines tragischen Autounfalls starben...

Oft sind es kleine Ursachen, die zu furchtbaren Verkehrsunfällen führen. Gewiß, nicht immer sind Menschenleben zu beklagen, aber schon Verletzungen können zur Folge haben, daß die Wageninsassen für den Rest ihres Lebens Krüppel sein werden. Ein mehr oder minder großer Blechschaden ist in vielen Fällen — etwa wenn der Wagen noch nicht abbezahlt ist oder er nur mit erheblichen persönlichen Opfern gehalten wird — ein großes Unglück für den Betroffenen. Nicht immer zahlt die Haftpflichtversicherung des „anderen“ — weil man selber schuld war. Ein Baum, eine Mauer, sie sind sowieso zahlungsunfähig... Wer leistet sich schon eine Vollkaskoversicherung?

Der aufmerksame Verkehrsteilnehmer, und das sollte eigentlich jeder von uns sein, muß nicht selten für einen Augenblick den Atem anhalten:

- Gerade noch im letzten Moment kann der Pkw scharf abbremsen, um ein hinter einem Auto hervorspringendes Kind nicht zu überfahren.
- Ein Pkw fährt — ohne auf den rückwärtigen Verkehr zu achten — an, während ein schwerer Lkw sich dem unvorsichtigen Wagen rasch nähert. Nur durch geschicktes — aber für den Gegenverkehr nicht ungefährliches — Linksausweichen und gleichzeitiges Bremsen des Lkw kann der Pkw davor verschont werden, erbarmungslos zermalmt zu werden.

... und der Tod fährt mit Eindrücke vom deutschen Straßenverkehr

Derartige Situationen, an denen natürlich auch Zweiradfahrer und leider recht häufig auch Fußgänger beteiligt sind, könnte man noch in langer Reihe aufzählen. Nur durch rasches Reagieren werden solche Situationen nicht auch noch zu Verkehrsunfallziffern.

Kleine Ursachen: dazu gehören etwa das Nichtbenutzen des Rückspiegels, das Nichtbeachten einer Vorfahrt, das verkehrswidrige „Schneiden“ des Gegenverkehrs, das Vergessen des noch immer aufleuchtenden Abbiegesignals, das Fahren mit Fernlicht in Ortschaften und belebten Überlandstraßen; in diesen Katalog müßte man allerdings auch das Benutzen nicht mehr ganz fahrtüchtiger Fahrzeuge aufnehmen (schadhafte Reifen, Bremsen, Beleuchtung usw.). All diese „kleinen“ Ursachen haben schon vielfach zu schweren und schwersten Verkehrsunfällen geführt. Durch das Zusammentreffen unglücklicher Umstände kann sich aus einer winzigen Ursache eine regelrechte Unfalllawine entwickeln. Ein Beispiel: Auf vereister Autobahn bremsst ein ängstlich werdender Kraftfahrer ein wenig zu scharf (vielleicht blockiert auch nur die Bremse). Der Wagen schleudert, gerät möglicherweise auf die Gegenbahn, prallt dort mit einem entgegenkommenden Fahrzeug zusammen; die nachfolgenden Fahrzeuge der Gegenrichtung können nicht mehr rechtzeitig bremsen, rutschen. Innerhalb weniger Sekunden sind fünf bis zehn Kraftwagen ineinandergeschoben; Tote, Verletzte,

Nervenschocks — und nicht zuletzt Materialschaden von vielen tausend Mark. Und alles nur, weil ein Fahrer ein klein wenig zu stark auf die Bremse trat oder die Bremse nicht richtig funktionierte.

Kraftfahrer: stets vorausdenken

Es gibt Leute, die behaupten, daß von 10 Autofahrern nur etwa drei wirklich verkehrssicher fahren können. Wer tagtäglich auf den Straßen des verkehrsdichten Ruhrgebiets fährt, ist geneigt, diese Behauptung für zutreffend zu halten. Immer wieder gerät der Kraftfahrer im Revier in die berüchtigten „Autoschlängen“, Verkehrsstauungen, hervorgerufen durch Straßenbahnen oder schwerfällige Lastzüge. Innerhalb solcher „Schlangen“ befinden sich aber Kraftfahrer der verschiedensten Temperamente, der unterschiedlichsten Fahrtüchtigkeit und Erfahrung. Kein Wunder, daß jeder von ihnen einen eigenen „Stil“ fährt. So brechen denn einzelne Fahrer voller Ungeduld aus der Schlange aus, zumeist jedoch ohne in den Rückspiegel zu schauen; wird vorn plötzlich gebremst, bumst es hinten nicht selten, denn einer in der Schlange hat bestimmt geschlafen; rasche Linksüberholer suchen sich noch ein winziges Plätzchen in der Schlange, eine Lücke, um ein paar Meter zu gewinnen. Das ist stets riskant und macht die verzweifelt auf die Bremse tretenden Hintermänner nervös. Ein nervöser Kraftfahrer aber wird vollends unberechenbar in seinen Reaktionen.

Eine Verkehrssituation setzt sich stets aus einer Fülle von Einzelsituationen zusammen. Leider starren zu viele Fahrer nur auf die Rücklichter des Vordermannes (wobei sie ihm oft bedrohlich nahe auf die Stoßstange rücken), ohne auf Radfahrer oder Fußgänger zu achten. Der aufmerksame Fahrer sollte sich einen Sport daraus machen, die Straße — einschließlich der Bürgersteige rechts und

links — zu seinem Beobachtungsfeld zu machen. Der Kraftfahrer soll vorausdenken und versuchen, die sich aus der jeweiligen Verkehrssituation ergebenden möglichen Veränderungen vorauszureden und seine eigene Fahrweise darauf einzustellen. Wer sich in sicherem Abstand zu seinem Vordermann hält, kann sehen, warum dieser unvermutet nach links ausweicht (etwa wegen eines Radfahrers). Er sieht aber auch gleichzeitig die im Verkehrsstrom hilflose Frau, die mit einem schweren Einkaufsnetz beladen in der Fahrbahnmitte steht. Er verlangsamt die Fahrt (vorher in den Rückspiegel schauend, wegen des möglicherweise dicht aufzufolgenden, vielleicht schlafenden Hintermannes), er gibt der Frau ein Handzeichen, daß sie die Straße überqueren soll. Der vorausschauende — und damit vorausdenkende — Kraftfahrer sieht auch den Pkw, der, offenbar ohne die Vorfahrt zu beachten, von rechts in den Verkehr einbiegen will. Schon muß der Fuß vom Gas weg sein und einsatzbereit über dem Bremspedal schweben. In zahlreichen Fällen muß der Kraftfahrer mehrere Situationen gleichzeitig erfassen und entsprechend die möglichen Situationskombinationen blitzartig durchdenken. Nur so wird es ihm auf die Dauer gelingen, ohne Schaden an Fahrzeug, Leib und Leben den modernen Straßenverkehr zu überdauern.

Ein großer Teil der Kraftfahrer besteht aus „Neulingen“. Man erkennt sie — aber auch viele „Damenfahrer“ — an der zumeist übervorsichtigen, ja ängstlichen Fahrweise. Ihre Gesichter sind auch bei vergleichsweise harmlosem Verkehr angespannt, die Hände umkrampfen das Lenkrad, anstatt es locker, aber sicher in der Hand zu halten. Einer plötzlich auftretenden heiklen Situation dürften solche Fahrer nur selten gewachsen sein. Ihre Rettung ist meist das Bremspedal, sofern sie es in der Aufregung dann noch zu finden vermögen. Übrigens, wer plötzlich bei höherer Geschwindigkeit bremsen muß, sollte sich nicht auf eine Bremse „stellen“, sondern sie mehrfach hintereinander mit zunehmender Stärke durchtreten. Auf diese Weise bremsst man schleuderfrei.

Gutes Autofahren ist zu einem erheblichen Teil Übungssache. Aber zum sicheren Kraftfahren gehört auch eine stabile Gesundheit. Tragischerweise gefährden viele tausend schwer herzkranker oder nervlich völlig verbrauchter Fahrer, ja sogar Epileptiker den Verkehr. Bedauerlicherweise kennt auch nur ein geringer Prozentsatz der Kraftfahrer das eigene Reaktionsvermögen. Gerade die Kenntnis der Reaktionsgeschwindigkeit würde aber manchen Fahrer veranlassen, vorsichtiger zu fahren, denn ein blitzschnelles Reagieren kann unter Umständen zum Lebensretter werden. Forsicht ist im Kraftverkehr stets fehl am Platz, besonders wenn man dabei seine eigenen Möglichkeiten überschätzt.

Die Dämmerung ist ein Feind des Kraftfahrers. Es ist die Zeit, in der er müde von der Arbeit seinem Heim zustrebt, zumeist in dichtem Verkehr. Er ist nervös und drückt aufs Gaspedal. Das ungewisse Licht, die Blendung durch zu früh eingeschaltete Scheinwerfer entgegenkommender Fahrzeuge sind weitere Faktoren, die jeder für sich — oder in beliebiger Kombination — die Unfallgefahr erhöhen. Ein Blick in die Unfallstatistiken beweist dies. Jeder Kraftfahrer sollte, wenn er den Motor anspringen läßt, sich selbst kurz prüfen, ob er ausgeruht und damit wirklich aufmerksam oder ob er abgespannt ist. Er sollte seine Fahrweise unter allen Umständen auf das Ergebnis dieser Selbstprüfung einstellen, denn ein abgespannter Fahrer, der mit riskanten Manövern Zeit zu gewinnen versucht, wird früher oder später das Opfer seiner eigenen Hast.

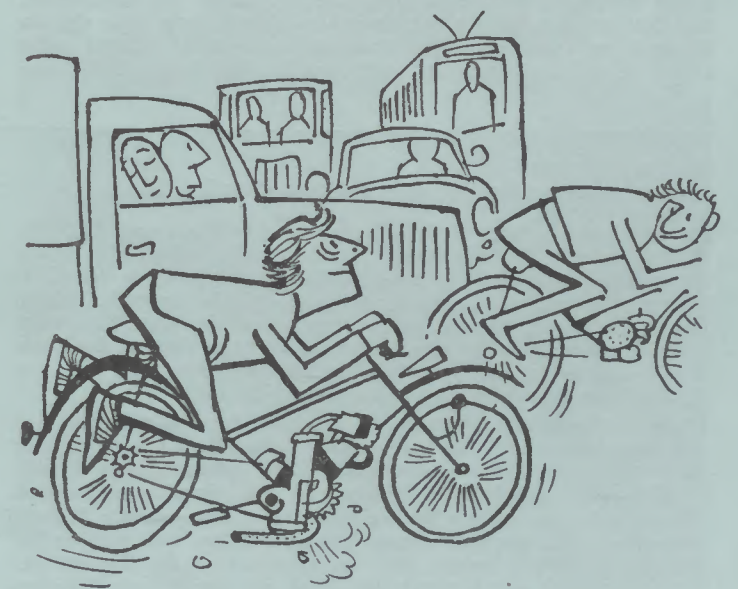
Vorsicht — Zweiradfahrer

Der Zweiradfahrer — darunter seien die Besitzer von Fahrrädern, Motorrädern und Mopeds verstanden — sind für den Autofahrer — gelinde gesagt — ein Greuel, nicht zuletzt deswegen, weil die Zweiradfahrer in oft unverantwortlicher Weise den Verkehr nicht nur behindern, sondern gar gefährden. Unvermutet schießen sie aus Seitenstraßen, biegen plötzlich — ohne den Richtungswechsel anzuzeigen — links oder rechts ab, flitzen oder drängeln mit Millimeter-Toleranzen durch gestaute Autokolonnen, überholen rechts und lassen durch Tempo-Eskapaden dem ungeübten Autofahrer nicht selten das Blut in den Adern stocken. Radfahrer dagegen haben zumeist noch die unangenehme Angewohnheit — dies gilt übrigens auch für Mopedfahrer — durch ungeniertes Nebeneinanderfahren den Verkehr zusätzlich zu gefährden. Ohne Rücksicht auf die Breite der Straße oder die Verkehrsdichte strampeln sie, oft im Gespräch vertieft, nebeneinander her. Das ist zwar strafbar, aber



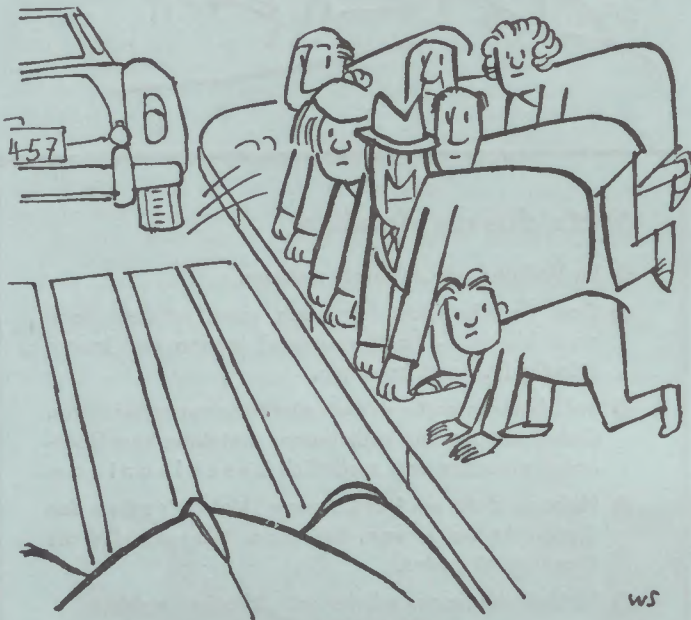
Stets daran denken

- Im Verkehr mit „Idioten“ rechnen.
- Den Verkehr nicht nur nach vorn, sondern auch nach hinten — im Rückspiegel (außen und innen) ständig im Auge behalten.
- Bei Überholmanövern stets sämtliche voraussehbaren Gefahrenmomente kalkulieren; erst dann zum Überholen ansetzen und zusätzlich beschleunigen.
- Nicht zu dicht am Vordermann „kleben“; schon das Bremslicht weiter vorn fahrender Wagen sollte als Warnsignal gelten.
- Im Verkehr immer wieder mit „Idioten“ rechnen.
- Wer gern schnell fährt, muß gesund sein, in Bruchteilen von Sekunden reagieren können und über ein hundertprozentig fahrtüchtiges Fahrzeug verfügen.
- Ein übermüdet oder gar ein unter Alkohol stehender Fahrer gehört nicht ans Steuer; er ist eine öffentliche Gefahr.
- Im Stadtverkehr erhöhte Vorsicht; Abbieger sollten sich rechtzeitig „einordnen“.
- Es gibt nicht nur Autofahrer; auch Zweiradfahrer und Fußgänger haben ihre Rechte im Straßenverkehr.
- Nochmals: Im Verkehr stets mit „Idioten“ rechnen.



nur selten werden sie von der Polizei erwischt. In Holland und Dänemark hat das Fahrrad gegenüber dem Kraftfahrzeug eine Art Vorrangstellung, doch ist in diesen Ländern der Kraftverkehr erheblich disziplinierter als in Deutschland, und man richtet sich dort nach den schwächsten — nicht wie bei uns — nach dem stärksten und rücksichtslosesten Verkehrsteilnehmer.

Der Zweiradfahrer stellt, insbesondere bei nasser Straße oder bei Schnee und Eis, eine dauernde Gefahr im Verkehr dar, da er mit zwei Rädern stets weniger sicher fährt als Autos. Der Kraftfahrer muß ständig mit dieser Unsicherheit rechnen. Aber auch der Zweiradfahrer sollte sich immer vor Augen halten, daß er bei einem Sturz in Sekundenschnelle von einem nicht rasch genug abbremsenden Auto überfahren werden kann. Das Verkehrsgeschehen



sieht aus der Perspektive des Zweiradfahrers anders aus als aus der des Autofahrers. Er ist stets der schwächere. Also muß er sich dementsprechend im Verkehr verhalten. Er kann nur Rücksicht erwarten, wenn er sich selbst an die Spielregeln des Verkehrs hält.

Der Fußgänger: ein Kapitel für sich

Der Fußgänger, zumal im Großstadtverkehr, ist leider ein trauriges Kapitel; seine Disziplin und Umsicht lassen vielfach in besorgniserregendem Maße zu wünschen übrig. Nur verhältnismäßig selten kann man beobachten, daß ein Fußgänger, bevor er die Straße überquert, nach beiden Seiten Ausschau hält, ob sich etwa ein Fahrzeug nähert. Zumeist begnügt er sich mit einem Blick nach einer Seite und ist dann überrascht und erschreckt zugleich, wenn aus der anderen Richtung plötzlich das Kreischen strapazierter Bremsen an sein Ohr dringt. Dann werden die Beine in die Hand genommen, ohne auf die Gefahr des Stolperns zu achten. Häufig genug erfolgt die Straßenüberquerung in schräger Marschrichtung, also fast mit dem Rücken zur einen Verkehrsrichtung. Was sich an Kreuzungen dem Auge des Beobachters darbietet, grenzt nicht selten an selbstmörderisches Verhalten der Fußgänger. Selbst be-

lebte Kreuzungen werden in aller Ruhe diagonal überquert, den Kraftfahrer im unklaren darüber lassend, ob er nun links oder rechts vorbei soll.

Man muß zwar stets in Rechnung stellen, daß der Fußgänger der absolut „schwächste“ Verkehrsteilnehmer ist, aber umgekehrt sollte der Fußgänger sich seinerseits mit ganz besonderer Umsicht im Verkehr bewegen, denn nicht selten kam es schon zu schweren Verkehrsunfällen durch das fahrlässige Verhalten von Straßenpassanten.

Eigenartigerweise kann man andererseits aber auch eine gewisse Überängstlichkeit der Fußgänger feststellen, etwa am Zebrastreifen: Hält ein Fahrer, wie es sich an diesen Stellen gehört, so reagiert der ängstliche Fußgänger zunächst nicht. Faßt er sich endlich ein Herz, will der Kraftfahrer, des Wartens müde, gerade anfahren; der Fußgänger zögert also wieder... Ein amüsantes Spiel? Am zweckmäßigsten ist es, wenn der Kraftfahrer mit eindeutiger Handbewegung die Straße für den Fußgänger freigibt. Ein erstaunter Blick, oft auch ein Lüften des Hutes sind der Dank für den „Verkehrskavalier“. Aber auch der Fußgänger sollte dem herannahenden Kraftfahrer durch Handzeichen anzeigen, wie er sich verhalten will. Viele Unfälle, in die Fußgänger verwickelt werden, sind darauf zurückzuführen, daß der Kraftfahrer nicht wußte, wie sich der Fußgänger verhalten würde — und umgekehrt.

Verkehrsverhalten: Note ungenügend

Wer oft im Ausland mit dem Kraftfahrzeug unterwegs ist, wird — nach Deutschland zurückgekehrt — zwei Dinge feststellen:

- Die Verkehrsdisziplin der deutschen Verkehrsteilnehmer ist, verglichen mit der anderer Staaten, unter aller Kritik.
- In keinem unserer Nachbarländer befinden sich so viele Verkehrspolizisten (mit oder ohne Streifenwagen) auf der Pirsch nach Verkehrssündern, wie auf dem bundesdeutschen Straßennetz.

In keinem unserer Nachbarländer gelten so viele Verbots- und Gebotsregeln im Straßenverkehr wie bei uns. Und dennoch hat Westdeutschland die absolut und relativ höchste Zahl von Verkehrsunfällen pro Jahr in Europa zu verzeichnen. Mögen durch das „Tempo 50“ die tödlichen Verkehrsunfälle zurückgegangen sein, die Zahl der Unfälle steigt von Jahr zu Jahr.

Gewiß, auch der Straßenzustand (der im allgemeinen schlechter ist als in unseren Nachbarländern), die für den ständig anschwellenden Verkehr nicht mehr ausreichenden Straßen, sind an zahlreichen Unfällen nicht unschuldig. Aber in der Hauptsache haben sie doch ihren Ursprung im Verhalten der Verkehrsteilnehmer. Man mag über die Fahrweise der Franzosen oder Italiener denken wie man will; selbst das dort scheinbare Chaos läuft jedoch in geregelten Bahnen und führt zu weit weniger Unfällen als unser preußisch reglementierter Verkehr.

Jeder ausländische Kraftfahrer ist froh, hat er die westdeutsche Grenze in Richtung Heimat passiert. Zahlreich sind die international angestellten Vergleiche über das Verkehrsverhalten. Mit beschämender Regelmäßigkeit erhält Westdeutschland bei solchen Anlässen im allgemeinen die Note „ungenügend“.

Nicht jeder Kraftfahrer kann es einem Fangio gleichtun. Nicht die verfügbare PS-Zahl sollte deshalb die Fahrweise bestimmen, sondern der Verstand, der gepaart mit größter Aufmerksamkeit jede Veränderung der im Blickfeld liegenden Verkehrssituationen nicht nur registrieren, sondern vorausberechnen muß. Dazu noch eine Portion Höflichkeit und Rücksicht. Es sollte doch mit dem Teufel zugehen, hätte man dann keine Chance „zu überleben“.

(Fortsetzung von Seite 11)

Gemeinsamer Markt: Das Europa der Sechs

für Frankreich schmerzhaft Abwertung des Franc um 17,55 %, verbunden mit der Erklärung der Konvertierbarkeit des Franc (freie Austauschbarkeit in andere Währungen, auch in den Dollar), gemeinsam mit Großbritannien, der Bundesrepublik, Italien, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg sowie Schweden, Norwegen und Dänemark, beweisen dies. Weiterhin verfügte General de Gaulle die Liberalisierung der französischen Einfuhrkontingente aus dem OEEC-Raum von 40 % auf 90 % (Basis 1948).

Diese starken Maßnahmen haben erheblich dazu beigetragen, daß das Neujahrsfest 1959 für Europa mehr bedeutet als nur die 10%ige Zollsenkung der Sechser-Gemeinschaft. Mit einem Schlage wurden nämlich die europäischen Währungen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, der für die weiteren Verhandlungen zur Bildung einer noch nicht abgeschriebenen Freihandelszone von größter Bedeutung ist. Der 1. Januar 1959 als Termin auch des Beginns der Freihandelszone wurde durch den Zank um die geringe Kompro-

mißbereitschaft der „feindlichen Brüder“ versäumt, wiewohl die Bundesrepublik, als Verfechter der Freihandelsidee, die Dienste des „ehrliehen Maklers“ zwischen Frankreich und Großbritannien wiederholt angeboten hat.

Mitte Januar traten die Europäer in Paris zu erneuten Verhandlungen um die Bildung der Freihandelszone zusammen, doch ist höchst ungewiß, ob die noch immer ablehnende Haltung Frankreichs gegenüber diesem Projekt überwunden werden kann. Möglicherweise bleibt nur der Weg des Kompromisses, etwa in Form einer „liberalen Zollunion“, die sich wie ein „Ring um den Kern der EWG“ legen würde. So etwa formulierte kürzlich eine westdeutsche Zeitschrift.

Noch aber ist nicht einmal dieser Kompromiß abzusehen. Es heißt also: verhandeln, abwarten, hoffen und wieder verhandeln, denn eine weitere Annäherung der europäischen Nationalwirtschaften zu einer Art europäischen Wirtschaftsblock tut not.



HENRICHSHÜTTE

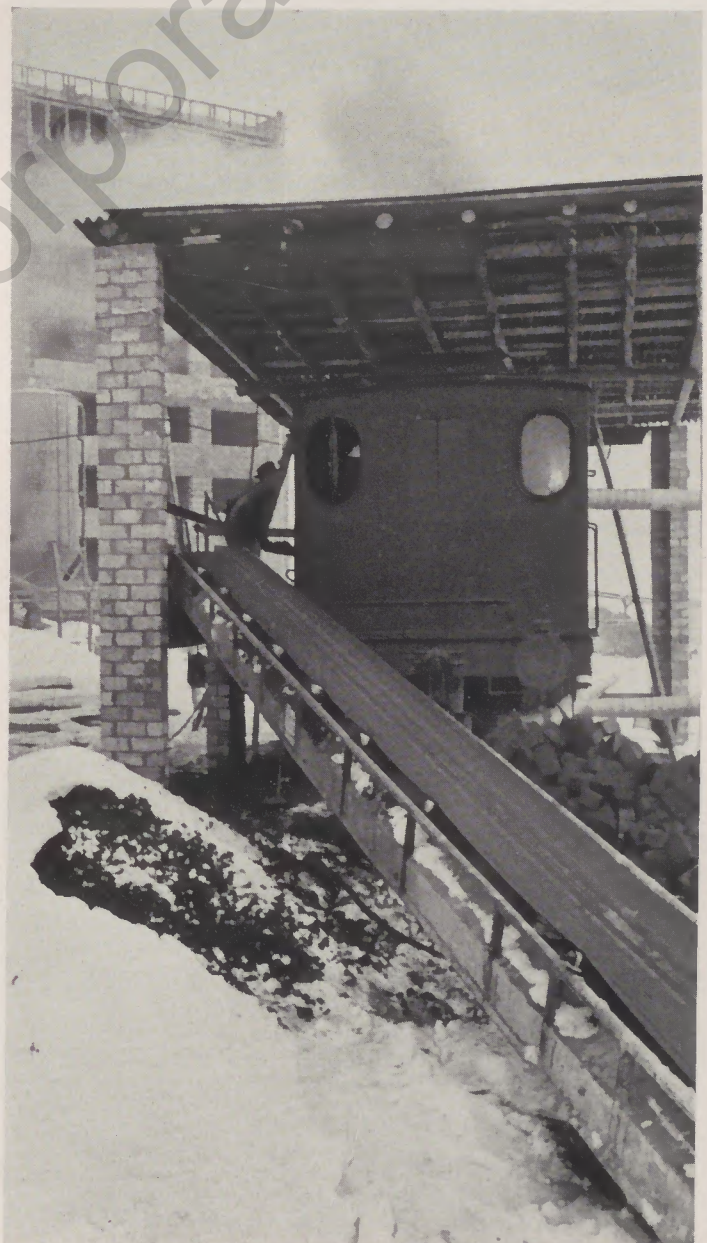
Hüttenlok heizt Hüttenwohnungen

Viele Bürger von Welper mochten ihren Augen kaum trauen, als kurz vor Weihnachten eine Werkslokomotive der Henrichshütte den Ort durchquerte. Auf einem Tiefladewagen der Bundesbahn zuckelte sie im Zehn-Kilometer-Tempo zum Gelände Hof Middeldorf, wo drei Wohnkomplexe für Familien von Ruhrstahl-Mitarbeitern angesichts des Winters noch ohne Heizungszentrale standen.

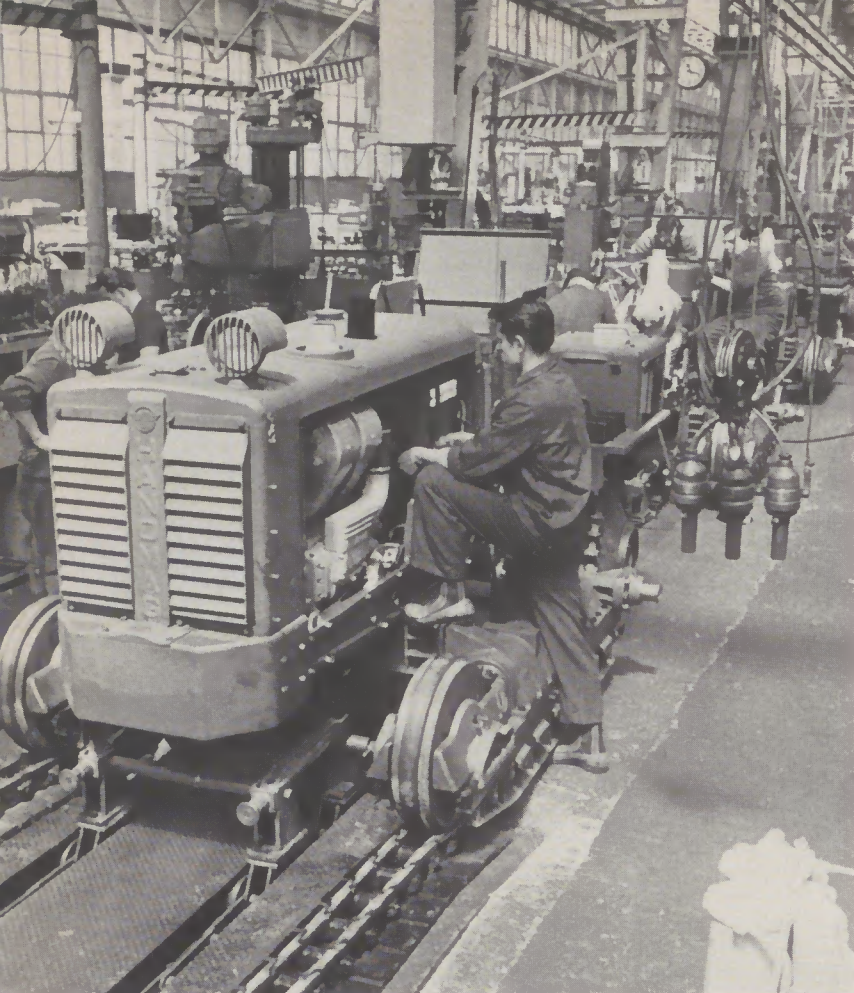
Die Heizungszentrale war nun keineswegs vergessen worden, aber der technische Fortschritt einerseits und juristische Klauseln andererseits führten dazu, daß die modern ausgestatteten 72 Wohnungen bis dato unbeheizbar blieben: Obwohl die drei Wohnblocks über ein höchst modernes Fernheizungssystem verfügen, fehlt bislang noch die Heizungszentrale mit der vorgesehenen automatischen Koksfeuerung. Sie ist nämlich in ein elfstöckiges Wohnhaus eingeplant; das aber ist, da es auf dem unmittelbaren Gelände des Jahrhundert alten Hofes Middeldorf entstehen soll, vor einigen Wochen erst begonnen worden: das Mietrecht der Witwe Middeldorf auf diesem Grund und Boden konnte erst kürzlich abgelöst werden. Der Bau des Hochhauses – und damit der Heizungszentrale – ist dadurch aber unwiderprüflich verzögert worden.

Guter Rat war teuer, wollte man die 72 Hüttenwohnungen nicht unbewohnt stehenlassen, zumal die neuen Mieter auf den Einzug drängten. Der Gedanke, eine Hüttenlok als Wärmespende einzusetzen, ist nicht nur originell, sondern in dieser Situation wirklich das Ei des Kolumbus. Es war der Lok nach gewissen Anlaufschwierigkeiten möglich, die notwendigen 605 000 Kilokalorien pro Stunde zu erzeugen. Das ist die Hauptsache. Dem Mieter ist es gleichgültig, woher die Wärme kommt, wenn es nur warm ist.

Voraussichtlich wird die Lok, inzwischen ummauert mit einem eigenen Schutzhäuschen, ihre segensreiche Tätigkeit ein Jahr lang aufrechterhalten müssen. Die dann für sie eintretende Fernheizung wird allerdings rationeller heizen können – und natürlich viel moderner. Die Mieter aber werden wohl der wärmespendenden Lok (Baujahr 1911) stets gedenken.



Volldampf auf der Stelle: Eine Attraktion für Fernsehen und Presse wurde eine Hüttenlok auf ihre alten Tage, als sie – der Not gehorchend – die vertrauten Geleise verlassen mußte, um 72 Ruhrstahl-Wohnungen behagliche Wärme zu spenden. Den neuen Wohnblocks fehlt nämlich noch die Heizungsanlage



Das Rheinstahl-Geschäftsjahr 1958

Wie schon im vergangenen Jahr legte unsere Muttergesellschaft, die als publizitätsfreudig anerkannten Rheinischen Stahlwerke, auch in diesem Jahr ihren etwa 100 000 Aktionären in einem Aktionärsbrief den ersten ziffernmäßigen Gesamtüberblick über den Verlauf ihres am 31. Dezember 1958 zu Ende gegangenen Geschäftsjahres vor. Der bisherigen Gepflogenheit gemäß wurden diejenigen Zahlen zugrunde gelegt, die die Rheinstahl-Tochtergesellschaften jeweils in ihrem im Kalenderjahr 1958 beendeten Geschäftsjahr erreicht haben. Soweit es sich um vorläufige Ziffern handelt, können bis zur Aufstellung des endgültigen Jahresabschlusses noch gewisse Berichtigungen eintreten. Das Gesamtbild, welches aus den folgenden auszugsweisen Ausführungen des Aktionärsbriefes entsteht, wird aber dadurch keine wesentliche Änderung erfahren.

der Bauwirtschaft. — In den Kokereien, Hochofen- und Schmelzbetrieben wurde in der zweiten Hälfte des Jahres eingeschränkt gearbeitet.

Im Rahmen unserer Verarbeitungsgruppe, deren Produktionsziffern wegen der Differenziertheit der Erzeugnisse in der obigen Mengenübersicht nicht dargestellt werden können, meldete eine Reihe der Werke ein weiteres Anwachsen der Erzeugung. So ergaben sich u. a. Steigerungen bei den Rad- und Kettenschleppern, den landwirtschaftlichen Geräten sowie im Stahlhochbau. Unsere Emder Werft lieferte im vergangenen Jahr insgesamt zehn Neubauten ab, davon fünf an ausländische Reeder.

Der im vergangenen Jahr eingetretene fühlbare Konjunkturrückgang in der Eisen schaffenden und der Gießereiindustrie sowie die Krise im Steinkohlenbergbau beeinträchtigen auch das Produktionsvolumen unseres Gesamtbereichs. Der konjunkturelle Einbruch erfolgte insbesondere in der zweiten Hälfte des Berichtszeitraums.

Die **Fertigungsziffern** unserer Haupterzeugnisse der Grundstoff- und Gießereiindustrie weisen daher im Vergleich zum Vorjahr Rückgänge auf, wie die folgende Übersicht erkennen läßt:

Erzeugnis	1957/58 bzw. 1958 t vorläufig	1956/57 bzw. 1957 t
Kohle	4 965 000	5 055 000
Zechen- und Hüttenkoks	2 140 000	2 275 000
Roheisen	985 000	1 195 000
Rohstahl	765 000	800 000
Eisenguß	490 000	565 000
Stahlguß	75 000	90 000
Grobbleche	335 000	430 000
Freiformschmiedestücke einschl. geschmiedete Stäbe	40 000	50 000
Rollendes Eisenbahnzeug	40 000	45 000
Hüttenzement	540 000	530 000

Innerhalb der Bergbaugruppe blieben die Steinkohlenförderung und die Kokserzeugung hinter den Vorjahresziffern zurück — bei einem gleichzeitig starken Anstieg der Haldenbestände bis zum Ende des Jahres, der die Bindung erheblicher finanzieller Mittel auslöste. Die Schichtleistung unter Tage verbesserte sich um 4,1 % auf 1662 kg.

Die Gußerzeugung bewegte sich im Zusammenhang mit einer anhaltend rückläufigen Nachfrage auf einem niedrigeren Niveau als im Vorjahr. In Auswirkung dieser Entwicklung war auch die Roheisenerzeugung für die Gießereien gedämpft. — Infolge der geringeren Nachfrage nach Grob- und Mittelblechen erfuhr die Blechproduktion eine fühlbare Drosselung. Auch bei Schmiedestücken und rollendem Eisenbahnzeug blieb die Produktion hinter dem Vorjahresstand zurück. Ausgeweitet war nur die Erzeugung von Hüttenzement infolge der guten Beschäftigung in

Auch die **wertmäßigen Bruttoumsätze** unterschritten bei teils rückläufigen Preisen die Vorjahreshöhe. Im Berichtsjahr belief sich der Gesamtbruttoumsatz des Rheinstahl-Bereichs auf rund 2,65 Mrd. DM. Die Abschwächung gegenüber dem Vorjahr betrug 5,3 %. Der erzielte Gesamtumsatz lag aber immer noch über dem im Geschäftsjahr 1955/56 erreichten Niveau.

Wie die folgende Tabelle zeigt, war die Umsatzentwicklung innerhalb der einzelnen Gruppen unterschiedlich:

Rheinische Stahlwerke	1957/58 bzw. 1958 vorläufig — in Mio DM	1956/57 bzw. 1957	Veränderung 1957:1958 in %
Bergbaugruppe	294	329	—10,6
Ruhrstahl einschließlich Oberkassel	479	563	—14,9
Gießereigruppe	590	693	—14,9
Verarbeitungsgruppe	966	901	+ 7,2
Handel und Schifffahrt	294	285	+ 3,2
Sonstige	29	29	—
Rheinstahl insgesamt	2652	2800	— 5,3

Die obigen Ziffern enthalten nicht die Umsatzzahlen der Gussstahlwerk Witten AG, der Handelsunion AG und der Dynamit AG vorm. Alfred Nobel & Co, an denen die Rheinischen Stahlwerke bekanntlich beteiligt sind.

Die Umsatzabschwächung bei Rheinstahl Bergbau war größer als der Förderrückgang. Die nicht abgesetzten Mengen bewirkten das bereits erwähnte starke Anwachsen der Haldenbestände. — Die Umsatzentwicklung bei Ruhrstahl einschließlich Oberkassel stand im Zeichen einer während des Berichtszeitraums zunehmenden Rückläufigkeit, die sich etwa gleichermaßen auf das Inlands- und auf das Auslandsgeschäft erstreckte. — Bei der Gießereigruppe waren die Auslandsumsätze stärker rückläufig als die Inlandsumsätze, wobei die Abschwächung ebenfalls im Laufe des Jahres zunahm. — In der Verarbeitungsgruppe erreichten die Inlandsumsätze insgesamt nicht ganz den Stand des Vorjahres, obwohl einzelne Werke auch hier noch Zuwachs-

quoten verzeichnen konnten. Die Gesamtumsatzsteigerung innerhalb des Verarbeitungsbereichs war ausschließlich durch die Exporte bedingt, die um ein Drittel höher lagen als im Vorjahr. Rheinstahl Hanomag, Rheinstahl Siegener Eisenbahnbedarf, Rheinstahl Nordseewerke und Rheinstahl Union Brückenbau waren an dieser Steigerung maßgeblich beteiligt.

Die Exporte des gesamten Rheinstahl-Bereichs nahmen um rund 10 % zu und stiegen damit im Berichtszeitraum auf rund 645 Mio DM an. Die Exportquote erhöhte sich dadurch von 21 % im Vorjahr auf rund 24 % im Berichtsjahr. Die Exportquote für 1958 von Ruhrstahl einschließlich Oberkassel betrug 23,6 % (1957: 22,9 %).

Die **Gesamtauftragsbestände** lagen entsprechend der allgemeinen Abschwächung der Wirtschaftslage im In- und Ausland zu Ende des Geschäftsjahres unter dem Niveau zu Beginn des Berichtszeitraums. Stärkere Einbußen mußten insbesondere die Gießereigruppe und Ruhrstahl einschließlich Oberkassel hinnehmen.

Auch innerhalb unseres Verarbeitungsbereichs bewegte sich der Auftragsbestand zu Ende des Berichtszeitraums insgesamt unter dem Vorjahresstand, wenn auch in Teilbereichen noch ein leichtes Wachstum festzustellen war.

Das **Investitionsvolumen** erreichte im Berichtsjahr sein bisher größtes Ausmaß. Nach den vorläufigen Ziffern wurden 223,5 Mio DM (1957: 173,8 Mio DM) investiert. Auf Ruhrstahl einschließlich Oberkassel entfielen 37 Mio DM.

Die Investitionen dienten auch im abgelaufenen Berichtszeitraum in erster Linie der Rationalisierung und Modernisierung der Werksanlagen. Daneben wurden — wie bereits im Geschäftsbericht des Vorjahres angedeutet — einige Sonderprojekte in Angriff genommen.

Unsere Bergbau-Tochtergesellschaft erwarb im Berichtszeitraum das Anrecht auf das Grubenfeld Nordlicht-West. Mit dem Abteufen eines Wetterschachtes auf dem Gelände des neuen Feldes wurde inzwischen begonnen und unter Tage die Auffahrung eines Verbindungsquerschlages in Angriff genommen. Weitere Ausgaben fielen im Zusammenhang mit dem Bau des 150-MW-Rheinstahl-Blockkraftwerks in Marl sowie der Errichtung der Wäsche auf der Schachanlage Prosper II an.

Bei Ruhrstahl einschließlich Oberkassel erstreckten sich die Investitionen im wesentlichen auf den weiteren Ausbau der Hochofen- und Stahlwerksanlagen.

Innerhalb der Gießereigruppe fielen im Bereich der Rheinstahl Eisenwerke Mülheim/Meiderich größere Aufwendungen im Zuge

der Modernisierung des Hochofens II nebst Gaszentrale sowie der Zementfabrik an. Bei Rheinstahl Eisenwerke Gelsenkirchen wurden namhafte Beträge für die Neuzustellung des Hochofens I sowie für den Bau einer Erzbunkeranlage ausgegeben.

In der Verarbeitungsgruppe wurde bei den Rheinstahl Nordseewerken die geplante Modernisierung der Werft eingeleitet. Weitere größere Investitionsbeträge fielen bei Rheinstahl Hanomag sowie bei Rheinstahl Wanheim an. Hier handelte es sich im wesentlichen um die Anschaffung neuer maschineller Einrichtungen.

Bei der Holding wurden die beiden auf unserer Werft gebauten Seeschiffe vom Typ des modernsten Massengutfrachters fertiggestellt; sie wurden auf die Namen „Rheinstahl“ und „Arenberg“ getauft. Die Schiffe brachten inzwischen ihre ersten Fahrten erfolgreich hinter sich. —

Im Zusammenhang mit der Errichtung des Verwaltungsneubaus in Essen (Bismarckplatz) wurden die Ausschachtungs- und Gründungsarbeiten in Angriff genommen. Das geplante Hochhaus, das in der Stahlskelettbauweise ausgeführt wird, soll im Frühjahr 1961 bezogen werden.

Zur Finanzierung der umfangreichen Investitionen dienten in erster Linie die erwirtschafteten Abschreibungen. Daneben gelangten weitere Mittel aus der im Jahre 1957 bei Rheinstahl durchgeführten Kapitalerhöhung zum Einsatz. Außerdem wurden auch im Berichtszeitraum weitere langfristige Fremdmittel aufgenommen.

Die **Belegschaftsentwicklung** wurde im Berichtsjahr ebenfalls durch die Produktionsdrosselungen beeinflusst. Insgesamt ergab sich für den Rheinstahl-Bereich folgendes Bild in der Belegschaftsstärke:

Beschäftigte	Ende 1958	Ende 1957	Veränderung 1957:1958 in %
Arbeiter	67 554	72 521	—6,9
Angestellte	13 792	13 419	+2,8
Rheinstahl insgesamt	81 346	85 940	—5,4

Die Verringerung der Arbeiterbelegschaft vollzog sich vornehmlich bei den Gießereien sowie Ruhrstahl einschließlich Oberkassel. Die leichte Zunahme bei den Angestellten war bedingt durch notwendige Umschichtungen von Arbeitern in die Angestelltengruppe sowie durch zwangsläufige personelle Verstärkungen im Bereich der technischen Entwicklung. Im übrigen wurden auf unseren Zechenanlagen Feierschichten eingelegt, und in einigen Betriebsabteilungen der Ruhrstahl und der Gießereigruppe wurde verkürzt gearbeitet.

Unterschiedliche Beschäftigung:

Im Rahmen der Verarbeitungsgruppe der Rheinischen Stahlwerke meldete eine Reihe der Werke ein weiteres Anwachsen der Erzeugung. So ergaben sich u. a. Steigerungen bei den Rad- und Kettenschleppern (Bild links oben), den landwirtschaftlichen Geräten sowie im Stahlhochbau. — Innerhalb der Bergbaugruppe blieben die Steinkohlenförderung und die Kokserzeugung hinter den Vorjahresziffern zurück — bei einem gleichzeitig starken Anstieg der Haldenbestände bis zu Ende des Jahres (das Bild rechts zeigt Kohlenhalden bei der Zeche Centrum/Morgensonne), der die Bindung erheblicher finanzieller Mittel auslöste. Die Schichtleistung unter Tage verbesserte sich um 4,1 % auf 1662 kg



Die Rente: Was es zu beachten gilt

Wer denkt schon in der Jugend an seine alten Tage? Fast niemand, denn es gehört zum Wesen der Jugend, daß sie sich über das „Morgen“ keine oder nur wenig Gedanken macht. Die erste Begegnung mit der Rentenversicherung wird meist von den jungen Menschen als unerfreulich empfunden; denn es ist die Beitragszahlung zur Sozialversicherung auf dem Lohnstreifen. Der größte Teil der Beiträge zur Sozialversicherung wird nämlich an den Rentenversicherungsträger abgeführt. Viele junge Menschen fragen sich, ob es denn notwendig ist, schon jetzt – wo man noch so wenig verdienen und noch so jung sei – mit der Vorsorge für das Alter zu beginnen. Aber, ist denn wirklich so viel Zeit für den Beginn der Vorsorge? Nein, denn niemand weiß, was ihm morgen vielleicht schon zustößt. Darum ist es notwendig, schon rechtzeitig mit der Altersversorgung zu beginnen und die Voraussetzungen für den Rentenbezug zu schaffen.

Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Versicherungskarte, die jedem von uns mit dem Eintritt in die Lehre oder in das Arbeitsleben vom Versicherungsamt der zuständigen Ortsbehörde oder der Krankenkasse ausgestellt wird. In ihr werden die jährlichen Verdienste durch den Arbeitgeber eingetragen. Alle drei Jahre wird die laufende Versicherungskarte aufgerechnet, d. h. sie wird an den Rentenversicherungsträger geschickt, wo sie im Kartenarchiv für den späteren Versicherungsfall aufbewahrt wird. Der Versicherte erhält über diese Versicherungskarte eine Aufrechnungsbcheinigung. Wir müssen also unsere Versicherungsunterlagen immer gut aufbewahren und beim Wechsel der Beschäftigung stets darauf achten, ob vom Arbeitgeber auch alle Entgelte eingetragen worden sind. Die Versicherungskarte ist ein wichtiges Dokument. Die wichtigsten Leistungen der Rentenversicherung sind die Regelleistungen. Dazu zählen:

- Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit
- Renten
- Witwen- und Witwerrentenabfindungen
- Beitragserstattungen
- Beiträge für die Krankenversicherung der Rentner

Nach bisherigem Recht der Rentenversicherung war die Möglichkeit eines Heilverfahrens vorgesehen, um die infolge einer Erkrankung drohende Invalidität eines Versicherten oder einer Witwe abzuwenden oder den zum Bezug einer Invaliden-, Witwen- oder Witwerrenten Berechtigten wieder erwerbsfähig zu machen. Das neue Recht der Rentenversicherung brachte eine wesentliche Erweiterung, die sich sowohl auf die Voraussetzungen als auch auf Art und Umfang der Maßnahmen bezieht. Die Maßnahmen: Heilbehandlung, Berufsförderung und soziale Betreuung sind in den neuen Vorschriften der Rentenversicherung näher erläutert.

Wenn im Einzelfall alle Maßnahmen der Heilbehandlung, der Berufsförderung oder der sozialen Betreuung durch die Versicherung erschöpft sind, hat beim Vorliegen von Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit der Rentenversicherungsträger eine Rente zu gewähren.

Welcher Rentenversicherungsträger ist für die Rentengewährung zuständig und welche Voraussetzungen müssen für die Gewährung von Renten erfüllt sein?

Die gesetzliche Rentenversicherung kennt drei Versicherungszweige:

- die Rentenversicherung der Arbeiter,
- die Rentenversicherung der Angestellten,
- die knappschaftliche Rentenversicherung.

Zahlreiche Versicherte haben im Laufe ihres Arbeitslebens nicht nur zu einem, sondern zu zwei oder auch allen drei Versicherungsträgern Beiträge entrichtet. In diesen Fällen spricht man von einer Wanderversicherung, bei der als Rente eine Gesamtleistung aus allen beteiligten Versicherungszweigen gewährt wird, sofern die Leistungsvoraussetzungen erfüllt sind. Für die Feststellung und Zahlung der Renten ist stets nur ein Versicherungsträger zuständig. Der Träger der knappschaftlichen Versicherung ist stets zuständig, wenn die Wartezeit für die Bergmannsrente (das ist eine Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten in der knappschaftlichen Rentenversicherung) erfüllt ist oder (zum Beispiel infolge Arbeitsunfalls) als erfüllt gilt. Ist jedoch die Wartezeit für die Bergmannsrente nicht erfüllt, so ist der Träger desjenigen Versicherungszweiges zuständig, an den der letzte Beitrag entrichtet wurde.

Um in den Genuß einer Rente aus der Rentenversicherung der Arbeiter oder aus der Rentenversicherung der Angestellten zu kommen, müssen nach den Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetzen von 1957 zwei Voraussetzungen erfüllt sein. Erstens müssen ein bestimmter „Tatbestand“ eingetreten und eine Versicherungszeit von einer bestimmten Mindestdauer vor Eintritt dieses „Tatbestandes“ zurückgelegt worden sein (Wartezeit).

Den „Tatbestand“, der die Rentenleistung auslöst, bezeichnet man als Versicherungsfall, die nachzuweisende Versicherungsdauer als Wartezeit.

Die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten kennt ab 1. 1. 1957 folgende Versicherungsfälle:

- Berufsunfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit,
- Vollendung des 65. Lebensjahres oder Vollendung des 60. Lebensjahres und mindestens ein Jahr ununterbrochene Arbeitslosigkeit oder Vollendung des 60. Lebensjahres bei weiblichen Versicherten, die in den letzten 20 Jahren überwiegend eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit ausgeübt haben und nicht mehr ausüben,
- Tod oder Verschollenheit des Versicherten.

*

Die Reform hat nicht nur die Rentenberechnungsart geändert, sondern sie hat auch neue Leistungsvoraussetzungen bei der Rentenversicherung der Arbeiter eingeführt: nämlich die Begriffe „Berufsunfähigkeit“ und „Erwerbsunfähigkeit“. Bislang wurde eine Rente nur gewährt, wenn der Versicherte invalide war. Invalidität lag dann vor, wenn der Versicherte infolge einer Krankheit oder eines Gebrechens nicht mehr die Hälfte dessen verdienen konnte, was ein Gesunder statt seiner zu verdienen pflegte. Die Begriffe der Berufs- und Erwerbsunfähigkeit sind wie folgt festgelegt:

- a) Berufsunfähig ist ein Versicherter, dessen Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheit oder anderer Gebrechen oder Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte auf weniger als die Hälfte derjenigen eines körperlich und geistig gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten abgesunken ist. Der Kreis der Tätigkeiten, nach denen die Erwerbsfähigkeit eines Versicherten zu beurteilen ist, umfaßt alle Tätigkeiten, die seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechen und ihm unter Berücksichtigung der Dauer und des Umfangs seiner Ausbildung sowie seines bisherigen Berufs und der besonderen Anforderungen seiner bisherigen Berufstätigkeit zugemutet werden können. Zumutbar ist stets eine Tätigkeit, für die der Versicherte durch Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung oder Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit mit Erfolg ausgebildet oder umgeschult worden ist.
- b) Erwerbsunfähig ist der Versicherte, der infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder von Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte auf nicht absehbare Zeit eine Erwerbstätigkeit in gewisser Regelmäßigkeit nicht mehr ausüben oder nicht mehr als nur geringfügige Einkünfte durch Erwerbstätigkeit erzielen kann.

Als zweite Voraussetzung für die Gewährung einer Rente muß eine Mindestversicherungsdauer (Wartezeit genannt) erfüllt sein.

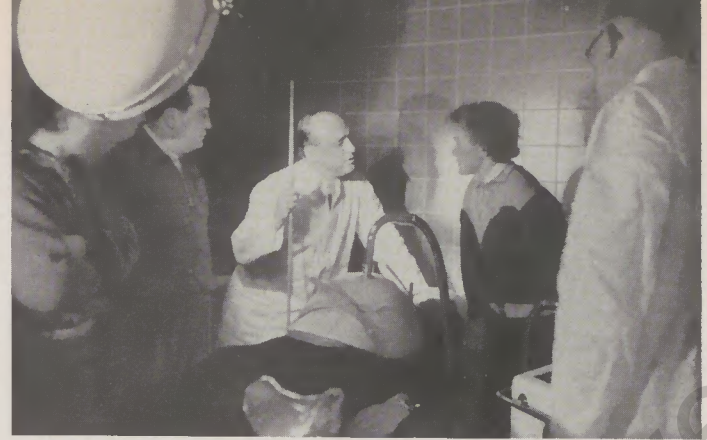
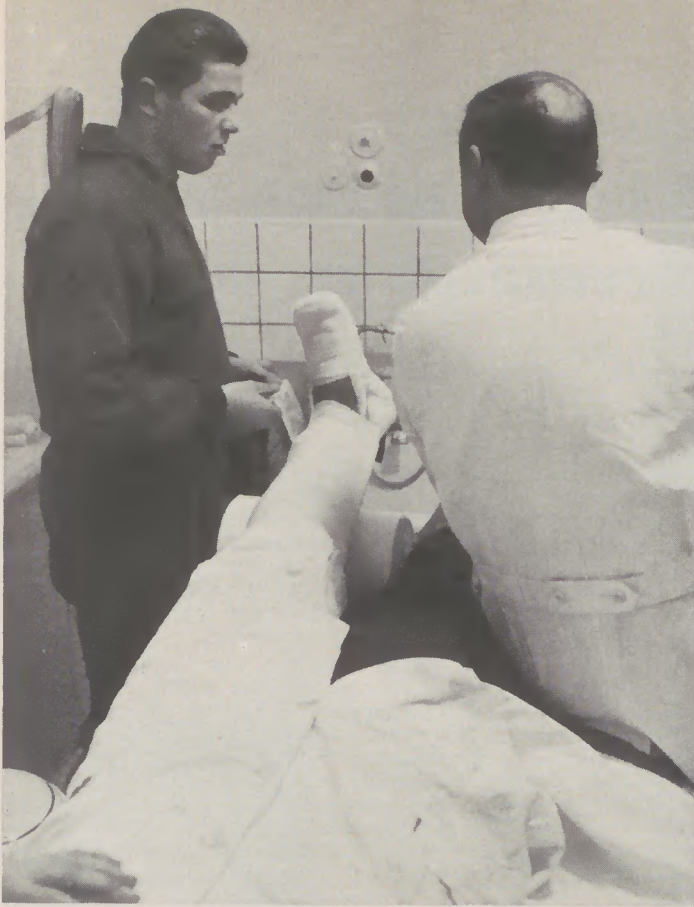
Als Mindestversicherungsdauer wird gefordert:

- für den Anspruch auf Rente wegen Berufsunfähigkeit oder wegen Erwerbsunfähigkeit die Zurücklegung einer Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten vor Eintritt des Versicherungsfalles,
- für den Anspruch auf Altersruhegeld eine Versicherungszeit von 180 Kalendermonaten,
- für den Anspruch auf Hinterbliebenenrenten eine vor Eintritt des Todes liegende Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten.

Unter Versicherungszeiten versteht man Zeiten, für die Beiträge wirksam entrichtet sind oder als wirksam entrichtet gelten (Beitragszeiten). Welche Zeiten im einzelnen auch für die Erfüllung der Wartezeit angerechnet werden können, ergibt sich aus den näheren Bestimmungen des Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetzes, die hier aber wegen Platzmangels nicht näher erläutert werden sollen.

Wo stellt der Versicherte nach Erfüllung der geforderten Voraussetzungen seinen Rentenanspruch?

Der Antrag auf Bergmannsrente aus der knappschaftlichen Rentenversicherung wird beim Knappschaftsältesten gestellt. Die Anträge auf Rente aus der Arbeiterrentenversicherung oder aus der Rentenversicherung der Angestellten werden beim zuständigen Versicherungsamt aufgenommen. Dem Rentenanspruch sind sämtliche Aufrechnungsbcheinigungen von Versicherungskarten, alle Unterlagen über nachzuweisende Ersatz-, Ausfall- oder Zurechnungszeiten und die letzte noch nicht aufgerechnete Versicherungskarte beizufügen. Die Aufrechnungsbcheinigungen und sämtliche Unterlagen bis auf die letzte noch nicht aufgerechnete Versicherungskarte erhält der Versicherte später mit dem Rentenbescheid vom Rentenversicherungsträger zurück. Diese Unterlagen muß er dann mit dem Rentenbescheid sorgfältig aufbewahren, da sie für den Anspruch auf Hinterbliebenenrente später erneut benötigt werden.



WERKSARZT

Erste-Hilfe-Kurse

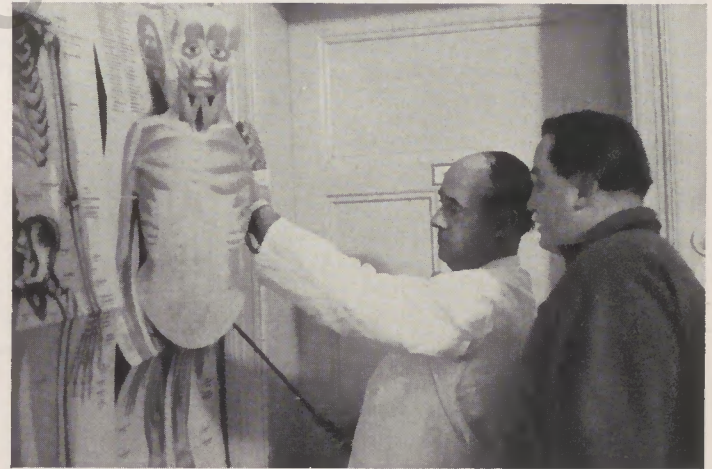
Trotz aller Unfallverhütungsmaßnahmen in unseren Betrieben entstehen durch den Fortschritt der industriellen Technik immer neue Gefahrenquellen für den arbeitenden Menschen. Um so wichtiger ist es, daß in jedem Betrieb eine Anzahl Männer in der sog. Ersten Hilfe ausgebildet sind, die jederzeit bei Unfällen eingesetzt werden können, um Hilfe zu leisten, bis der Arzt oder der Krankenwagen kommt. Leider ist die Bereitschaft größerer Bevölkerungskreise zur Ausbildung in der Ersten Hilfe nicht sehr ausgeprägt. Das Deutsche Rote Kreuz strebt an, 2 % der Bevölkerung in den Maßnahmen der Ersten Hilfe bei Unfällen auszubilden. Auch die Ausbildung der Betriebshelfer erfolgt im Rahmen der Grundausbildung durch das DRK.

Erschütternd ist es immer wieder festzustellen, wie wenig Ahnung man in der Bevölkerung von der richtigen Anwendung der Ersten Hilfe hat. Noch gefährlicher aber ist die Tatsache, daß durch falsche Maßnahmen unter Umständen das Leben der Verletzten oder Kranken in Gefahr gebracht wird.

Auch die Krankenversicherung der Rentner ist gesetzlich geregelt. Bei der Rentenanstellung wird ein Formular ausgefüllt, welches an die zuständige Krankenkasse gesandt wird. Hieraus ersieht die Krankenkasse, daß ein Rentenanspruch gestellt ist. Für die Zeit, in der das Rentenverfahren läuft, hat der Rentenanspruchsteller die Krankenversicherungsbeiträge selbst zu zahlen. Diese erhält er nach der Erteilung des Rentenbescheides zurück, weil dann der Rentenversicherungsträger diese Beiträge übernimmt. Es handelt sich hier um eine zusätzliche Leistung der Rentenversicherung. Eine Anrechnung auf die Rente erfolgt dabei nicht.

Oft klagen die Versicherten, daß sie so lange auf den Rentenbescheid warten müssen. Dieses liegt sehr häufig daran, daß nicht alle Unterlagen vorhanden sind. Aus diesem Grunde ist es ratsam, schon von frühester Jugend an die Versicherungsunterlagen gut aufzubewahren.

Gut geübt ist halb gekonnt: Bevor die an der Ersten Hilfe interessierten Welperaner im Ernstfall sachgerecht eingreifen können, beweisen sie bei einer Abschlußprüfung unter Zuhilfenahme einer Mimen-Gruppe des DRK vor dem Hüttenarzt Dr. Gruß, was sie gelernt haben. Theoretisch sollte es ihnen keine Schwierigkeiten bereiten, Knochenbrüche zu schienen (links oben), künstliche Atmung anzuwenden (ganz oben) oder eine Kopfverletzung zu erkennen (oben). Ein Kapitel für sich ist die Kenntnis vom menschlichen Körper (unten), den ein Klappbild erläutert



An dieser Stelle sei noch erwähnt, daß neben Beiträgen, die auf Grund der Versicherungspflicht oder der Berechtigung zur Weiterversicherung zu entrichten sind, der Versicherte zusätzlich Beiträge zum Zwecke der Höhrversicherung leisten kann. Es wäre zu empfehlen, zusätzliche Vorsorge für das Alter zu treffen und von der Möglichkeit der Höhrversicherung, insbesondere bei jüngeren Menschen, Gebrauch zu machen. Es kann neben einem Pflicht- oder einem freiwilligen Beitrag nur ein Beitrag zur Höhrversicherung entrichtet werden. Die Steigerungsbeträge sind nach dem Lebensalter des Versicherten im Zeitpunkt der Entrichtung der Beiträge abgestuft. Wichtig ist, daß die Steigerungsbeträge aus Beiträgen zur Höhrversicherung von den Ruhensbestimmungen der Rentenversicherung ausgenommen sind. Sie nehmen allerdings an der Anpassung der wirtschaftlichen Entwicklung nicht teil.

Nähere Auskünfte über Rentenversicherung erteilen Krankenkasse und Sozialabteilung.

Henkel, BKK, Henrichshütte



Bei durchschnittlich 9527 Belegschaftsmitgliedern im Jahr 1958 hat die Henrichshütte mit 3 tödlichen und 1073 anzeigepflichtigen Arbeitsunfällen eine 1000-Mann-Quote von 112/Jahr = 9,3/Monat erreicht und damit die niedrigste Unfallquote seit 1951 aufzuweisen. Im Vergleich mit dem Durchschnitt der übrigen Mitgliedswerke der Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft hat die Henrichshütte 33 Unfälle weniger auf 1000 Bln. und damit ebenfalls den günstigsten Abstand seit 1951.

Deshalb sei auch nochmals an dieser Stelle all denjenigen herzlichst gedankt, die tatkräftig mitgearbeitet haben, Unfallursachen jeder Art auszuschalten.

Trotzdem müssen wir sagen, daß 3 tödliche und 1073 anzeigepflichtige Arbeitsunfälle für unser Werk erschreckende Zahlen sind. Niemand von uns kann wissen oder ermessen, wieviel Leid, Kummer und Sorgen durch diese Unfälle ausgelöst wurden. Wir wissen aber alle, daß die weitaus meisten Unfälle vermeidbar gewesen wären, wenn... Dieses „Wenn“ darf deshalb in Zukunft nicht hinter ähnlichen tragischen Geschehnissen stehen, sondern muß für jedes Belegschaftsmitglied als mahnendes Zeichen vor jeder fahrlässigen Handlung warnen. Und wir wissen auch alle: Wenn wir nicht sicherheitsgerecht arbeiten, erleiden wir Unfälle. Das ist eine unumstößliche Gewißheit!

Wenn wir uns jedoch nicht danach richten, dann begeben wir uns in Gefahr, und zu irgendeiner Stunde wird uns diese Gefahr überraschen. Wie schwer wir dabei verletzt werden oder welche Folgen durch eine Verletzung eintreten können, wir wissen es nicht. Es können die schwersten Folgen sein oder wir können Glück haben.

Eine Sekunde Unachtsamkeit, eine vergessene Schraube, ein unbedachter Schritt an gefährlicher Stelle, ein vorzeitiges Zeichen zum Kranführer, ein einziges Spiel mit der Gefahr kann tödlich sein. Weil wir immer noch viel zu viel Unfälle haben, müssen wir uns alle immer wieder auch von Zeit zu Zeit mit der Unfallschutz-Literatur beschäftigen, deren Kenntnis so entscheidend für unser Leben sein kann.

Jeder von uns müßte mindestens die „Allgemeinen Vorschriften“ kennen und besonders die Hinweise und Gebote, die für seine Tätigkeit von Wichtigkeit sind.

Was steht in den Unfallverhütungsvorschriften?

U. a. sind von großer Bedeutung die

Pflichten des Versicherten

§ 11. Jeder Versicherte hat die Pflicht, die Unfallverhütungsvorschriften zu befolgen und unter gewissenhafter Beachtung der ihm vom Unternehmer oder seinem Stellvertreter zur Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten (§ 547 der Reichsversicherungsordnung) gegebenen besonderen Anweisungen und Belehrungen für seine und seiner Mitarbeiter Sicherheit zu sorgen. Versicherte, die ihm zur Hilfe oder Unterweisung zugeteilt sind, hat er auf die mit ihrer Beschäftigung verbundenen Gefahren und die in Frage kommenden Unfallverhütungsvorschriften aufmerksam zu machen. Er hat darauf zu achten, daß die Verhaltensmaßregeln auch befolgt werden.

§ 12. (1) Auf dem Wege von und nach der Arbeitsstätte sind die behördlichen und sonstigen Verkehrsvorschriften zu beachten.

(2) Eigene Verkehrsmittel für den Weg nach und von der Arbeitsstätte müssen sich in betriebssicherem Zustande befinden und dürfen nicht mißbräuchlich benutzt werden.

§ 13. Versicherte, die den Unfallverhütungsvorschriften zuwiderhandeln, können mit Ordnungsstrafen belegt werden (§§ 850 und 914 der Reichsversicherungsordnung).

Immer wieder treffen wir aber auch Belegschaftsmitglieder an, die zwar von den Unfallverhütungsvorschriften schon gehört

UNFALLSCHUTZ

Viele Unfälle wären vermeidbar, wenn...

haben, aber nichts, rein gar nichts tun, um auch nur annähernd vernünftig und sicherheitsgerecht zu arbeiten.

Solch ein Beispiel haben wir heute im Bild festgehalten und hoffen, daß wir in Zukunft keine Gelegenheit mehr haben, ähnliche Bilder aufnehmen zu können.

Daß dort, wo Belegschaftsmitglieder nicht sicherheitsgerecht gekleidet sind, auch noch andere Dinge nicht in Ordnung sind, liegt beinahe auf der Hand. In diesem Fall hatten wir wieder eine Bestätigung dafür. Erst vor wenigen Wochen erlitt an dem auf dem Bild 1 gezeigten Arbeitsplatz ein Belegschaftsmitglied einen schweren, beinahe tödlichen Unfall, weil versäumt wurde, den Eisenbahnwaggon durch Hemmschuhe abzusichern, wie es die Unfallverhütungsvorschriften vorschreiben.

Als diese Aufnahmen gemacht wurden, war weder die Gleissperre eingelegt noch der Wagen ordnungsgemäß durch Hemmschuhe gesichert! Ein kümmerliches Stückchen Holz sollte den Waggon, falls er ins Rollen kommen sollte, aufhalten. Holzleisten können aber nicht die Aufgabe von Hemmschuhen übernehmen, das wissen wir alle. Ein Unfall an dieser Stelle durch unbeachtetes Verschieben des Waggons hätte also eindeutig den oder die Schuldigen bloßgestellt. Um solche oder ähnliche Unfälle nicht vorkommen zu lassen, wollen wir uns rechtzeitig nach den Unfallverhütungsvorschriften richten.

Die Schwerpunkte der Unfallschutz-Arbeit für die Monate Januar/Februar/März 1959 lauten:

- Ordnung und Sauberkeit = Sicherheit auf Betriebswegen!
- Sicherheitsgerechte Arbeitskleidung!
- Benutzung der Arbeitsschutzartikel!

Ritter, Unfallschutz, Henrichshütte

Negatives Paradebeispiel: Von oben kommt's herabgestiegen, totalgeschädigt, die Brandsohle bloß. Keine Schnürsenkel, die Stahlkappe fehlt, von Mittelfußschutz keine Spur. Erstaunlich, noch nahm der Fuß keinen Schaden (oben links). Doch blieb's nicht beim Schuh: Voll Entsetzen stellte Sicherheitsing. Ritter fest, daß auch die übrige Kleidung keineswegs den Vorstellungen auf Sicherheit bedachter Mitarbeiter entsprach: Kopfschutzkappe und Arbeitsanzug fehlten, die Handsäcke waren zerrissen und damit nutzlos. So kann und darf nicht gearbeitet werden!

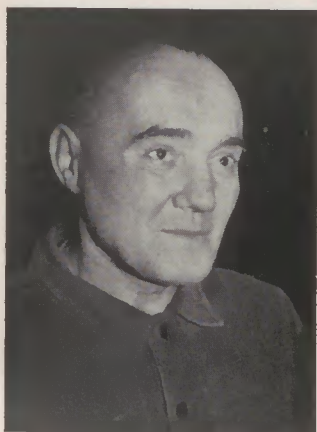


40 Jahre im Dienst

HENRICHSHÜTTE



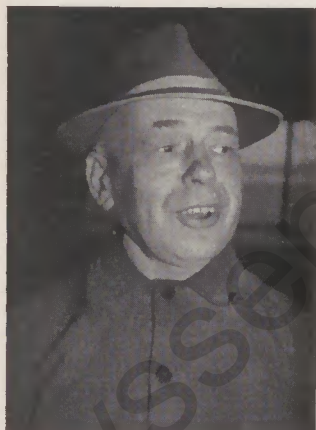
Heinrich Freisewinkel
Werkmeister
Masch.-Betrieb
am 2. November 1958



August Daubertshäuser
Kranführer
Hammerwerk
am 23. November 1958



Emil Breuker
l. Zeichner
Walzwerk II
am 25. November 1958



Wilhelm Kühlenberg
Vorarbeiter
Baubteilung
am 21. Dezember 1958

Ernst Mieske, Lichtpauser (Verw. Männer),
am 8. Januar 1959

Paul Degener, Kernmacher (Gießerei),
am 11. Januar 1959

Emil Deimann, Schlosser (FWR),
am 22. Januar 1959

25 Jahre im Dienst

HENRICHSHÜTTE

Richard Kunde, Hammerschmied (Hammerwerk), am 18. Dezember 1958

Alfons Geis, Kernmacher (Eisengießerei),
am 2. Januar 1959

August Wegge, stellv. Abteilungsleiter
(Betr.-Kalkulation), am 10. Januar 1959

Richard Stängel, Spulenwickler (Elektro-
Werkstatt), am 12. Januar 1959

Heinz Pruss, Kranführer (Walzwerk II),
am 13. Januar 1959

Paul Singelmann, H.-Schlosser (Lehrwerk-
statt), am 14. Januar 1959

Albert Krauskopf, Schlosser (Hammerwerk),
am 18. Januar 1959

Erich Krampen, Dreher (Kümpelbau),
am 26. Januar 1959

Wilhelm Mahnke, Schrottlader (Stahlwerk),
am 31. Januar 1959

25 Jahre im Dienst

ANNENER GUSSSTAHLWERK

WERKSARZT

Aus dem Erste-Hilfe-Kursus

Bei Schlagaderblutungen (hellrote, stoßweise Blutungen) besteht die richtige Erste Hilfe, die lebensrettend wirkt, im herzwärts der Blutungsstelle gelegenen Abdrücken oder Abbinden der Schlagadern. Dabei darf zum Abbinden nie Draht oder Bindfaden, sondern nur ein breiterer Gegenstand, wie breitere Gummibänder, Hosenträger, Taschentücher usw. genommen werden. Liegt jedoch eine Blutaderblutung vor (dunkelrotes, gleichmäßig fließendes Blut) und man versucht abzubinden, so wird in den meisten Fällen die Blutung noch zunehmen und der Verletzte in Gefahr kommen, gerade wegen der falschen Erste-Hilfe-Maßnahmen zu verbluten. In diesem Falle genügen ein fester Druckverband auf die blutende Stelle und Hochlagerung des verletzten Gliedes, um die Blutung zu stillen.

Immer wieder werden Hautverletzungen wie Wunden, Schürfwunden, Verbrennungen usw. ausgewaschen, mit chemischen Mitteln (Jod!) desinfiziert oder gar mit irgendwelchen Salben beschmiert. Das alles ist grundfalsch; auf jede Hautverletzung, auch auf jede Verbrennung, gehört ein Verband mit keimfreiem Mull und sonst nichts. Knochenbrüche müssen ruhiggestellt oder geschient werden. Richtig geschieht ist ein Bruch nur dann, wenn beide benachbarten Gelenke von der Schiene ruhiggestellt sind. Die Kunst der Ersten Hilfe besteht oft in der Improvisation, denn nicht immer hat man Hilfsmittel zur Hand. Beinbrüche können an das gesunde Bein angeschient, Armbrüche, Schulterverletzungen, Schlüsselbeinbrüche durch ein Armtragtuch (Dreieckstuch, großes Taschentuch, Schal usw.) ausreichend ruhiggestellt werden. Bewußtlose, Verletzte oder Kranke dürfen nie Labegeränke eingetrichtert bekommen; am besten ist es, Verletzten oder Kranken nie etwas zu trinken zu geben, bis der Arzt es erlaubt hat.

Von großer Bedeutung für den Kranken und Verletzten ist auch die richtige Lagerung vor dem Abtransport ins Krankenhaus oder in ärztliche Hilfe. Kopfverletzte werden meistens flach gelagert (Ausnahmen: Kranke mit hochrotem Kopf, Schlaganfall, Sonnenstich usw. sollen hochgelagert werden). Brustverletzte sollen möglichst in Hochlagerung des Oberkörpers, also in fast sitzender Stellung, Bauchverletzte flach, mit angezogenen Beinen gelagert werden. Becken- und Wirbelsäulenverletzungen müssen ebenfalls flach auf harter Unterlage gelagert werden und dürfen beim weiteren Transport wegen der Gefahr von Nervenzerreißen nicht mehr umgebettet werden.

Auch die Maßnahmen der Wiederbelebung wie künstliche Atmung, Herzmassagen usw. werden in den Grundausbildungskursen gelehrt. Die Ausbildung zum Betriebsshelfer, die in den nächsten Monaten auf unserem Werk wieder verstärkt betrieben werden soll, umfaßt 8 Doppelstunden und wird mit der Prüfung durch einen DRK-Arzt abgeschlossen. Nach bestandener Prüfung erhält jeder Betriebsshelfer eine Ausbildungsbescheinigung und sollte dann in der Lage sein, sich am Arbeitsplatz und im täglichen Leben als Helfer seiner Mitmenschen zu bewähren.

Dr. Gräß, Werksarzt Henrichshütte

LESESTOFF FÜR MUSSESTUNDEN

Werks-Büchereien

Frau van Kempen — Hattingen — empfiehlt:

Horgan: Weihnachtsabend in San Cristobal
Von schlichter Gläubigkeit und tiefer Frömmigkeit erfüllt ist diese weihnachtliche Geschichte aus Neu-Mexiko: Ein Bildschnitzer trägt in der Heiligen Nacht bei einem Unwetter die Statue eines Hl. Christophorus in ein entlegenes Bergdorf, gerät dabei mit seinem Esel in die Irre, wird aber auf wunderbare Weise gerettet. Die Statue, die er irrtümlich stehenläßt, gemahnt den gleichfalls sich auf dem Wege nach San Christobal befindlichen Priester an seine Pflicht, nicht in einer Höhle die Nacht zu verbringen, sondern sich seinen Weg zu erkämpfen, damit die verlassene Gemeinde doch noch ihre Christmette feiern kann.

Dies ist die erste ins Deutsche übersetzte Erzählung des mit dem Pulitzerpreis ausgezeichneten amerikanischen Autors. Sie wird von allen Lesern, gleich welcher Konfession, gern gelesen werden.

Heyerdahl: **Aku-Aku**

Die letzte Expedition des Forschers und Autors nach der Osterinsel galt vor allem dem Versuch, durch archäologische Grabungen festzustellen, ob nicht auch hier der Boden Beweise für eine frühe Besiedlung Südamerikas barg. — Ein sehr lebendig geschriebener Reisebericht, der bereits im Vorabdruck in der Illustrierten „Quick“ erschienen ist.

Sayers: **Die neun Schneider**

Dieser Roman, fesselnd von Anfang bis Ende, begründete in England den Ruhm Dorothy Sayers, der Autorin zahlreicher scharfsinnig ausgedachter Kriminalromane. Wie in „Aufruhr in Oxford“ empfiehlt sich

auch hier Lord Peter Wimsey zur Auflösung der mysteriösen Geschehnisse. Das Buch gehört zu den spannendsten Detektivgeschichten der letzten Jahre.

Fräulein Kathagen — Annen — empfiehlt:

Hans G. Bentz: **Gute Nacht, Jakob**

Mit seinem Buch „Gute Nacht, Jakob“ schenkte uns Hans G. Bentz nicht nur ein Dokument aus vergangener Zeit, sondern ebenso eine köstliche, humorgespickte Erzählung seiner Jugendjahre, in denen die Dohle „Jakob“ eine große Rolle in „Hänschens“ Leben spielte.

In lebendiger Form bringt Bentz die Berliner Verhältnisse der Kaiserzeit, die Umwelt, in der er und seine Dohle leben, nahe. Die Dohle „Jakob“ lehrt Hänschen leben, lieben und ein bißchen leiden und erschließt durch und mit ihrem Tun und Treiben ein Stückchen unkomplizierter Schöpfung. Unmöglich, seinen kleinen, frechen, schwarzen Augen böse zu sein.

Das Buch ist so geschrieben, daß es oftmals zu herzhaftem Lachen anregt, sein Hintergrund aber ist durchaus ernst zu nehmen.

Schwester Marga — Brackwede — empfiehlt:

Otto Koke: **„Pürschen und Schauen“**

„Pürschen und Schauen“ enthält meisterhafte Schilderungen des Heideförsters Koke, in denen sich echte Heimat- und Naturverbundenheit des Verfassers und die seltene Gabe, den Stimmen der Natur mit Ohr und Herz zu lauschen, begegnen. Hier erzählt ein Jäger, der mehr noch Heger ist, der überall den Schöpfer im Geschöpfe ehrt.

KURZKOMMENTAR

Straßenbahn-Tarife

In den ersten Tagen des neuen Jahres gab es bei den Diensten der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG in Anspruch nehmenden etwa 2500 Mitarbeitern der Henrichshütte und rund 250 Mitarbeitern des Annener Gusstahlwerks und der Verwaltung Witten lange Gesichter: Die Verkehrsgesellschaft hat nämlich mit Wirkung vom 12. Januar eine allerdings nur für Wochenkarten (5- und 6-Tage-Karten) geltende Tarifierhöhung verfügt. Ihr Ausmaß von durchschnittlich 30–35 % traf die Geldbörse der Bus- und Straßenbahnbenutzer empfindlich. Die Erhöhung für den ersten Teilstreckenabschnitt beträgt sogar fast 50 %, so daß in diesem Fall Fahrtscheinefte vorteilhafter geworden sind (Ersparnis: 0,20 DM).

Der Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel ist es nachgerade gewöhnt, daß er in gewissen Zeitabständen Tarifierhöhungen widerspruchslos hinzunehmen hat. Steigende Personal- und Unterhaltungskosten sind das stets angegebene und wohl auch meist zutreffende Motiv. Nicht so im Fall der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG. Paradoxerweise motiviert sie die Tarifierhöhung mit einer innerbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahme, die doch, streng genommen, die Kosten senken sollte: An Stelle der bisherigen Wochenkarten, die umständlich gelocht werden mußten, treten nun sogenannte Sichtkarten, die nur einmal, am Wochenbeginn, abgestempelt werden müssen. In Zukunft begnügt sich der Schaffner mit der „Einsicht“ in die Karte. Bei dem außerordentlich starken Berufsverkehr ist diese Umstellung für die Schaffner zweifellos zeitsparend und zweckmäßig. Warum dann aber eine Tarifierhöhung?

Nun, die Sichtkarten haben einen Vorteil gegenüber den alten Wochenkarten: Im Gegensatz zu diesen ist es nämlich nun erlaubt, innerhalb der für die Wochenkarte gelösten Teilstrecke die Fahrt zu unterbrechen. Darüber hinaus kann nunmehr der Sichtkarteninhaber innerhalb seiner Arbeitszeit beliebig oft die von ihm gelöste Teilstrecke befahren. Dieser Vorteil — so etwa argumentiert die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG — sollte dem Sichtkartenbezieher eine pauschale Tarifierhöhung von durchschnittlich 30–35 % wert sein. Das mag im einen oder anderen Fall dort zutreffen, wo Verkehrsteilnehmer innerhalb der Städte (etwa Bochum oder Herne) wohnen, also über Mittag nach Hause fahren, oder sich während der vorgeschriebenen Fahrzeiten einen Stadtbummel erlauben können. Doch der größte Teil der Ruhrstahl-Mitarbeiter ist froh, wenn er von der Arbeit direkt nach Hause fahren kann; die großzügig angebotenen Vorteile sind für ihn fast durchweg nutzlos. Gegenüber den alten Wochenkarten ist sogar ein Nachteil eingetreten: konnte man früher wahlweise den Bus oder die Straßenbahn auf der gelösten Teilstrecke benutzen, so ist dies jetzt nicht mehr möglich. Das bedeutet natürlich in vielen Fällen unnötiges Warten. Erst gegen Entrichtung einer weiteren Mark wird die Alternativbenutzung wieder möglich.

UNSERE TOTEN

HENRICHSHOTTE

Johann Römer	Pensionär	7. Januar 1959
Heinrich Christ	Hilfsarbeiter	7. Januar 1959
Emil Gremm	Pensionär	8. Januar 1959
Jakob Staudt	Pensionär	9. Januar 1959
Heinrich Klose	Pensionär	27. Januar 1959
Franz Brack	Pensionär	30. Januar 1959
Peter Rickert	Pensionär	30. Januar 1959
Johann Kirschall	Pensionär	31. Januar 1959
Albert Jenk	Hilfshandwerker	2. Februar 1959

ANNEN

Ludwig Kockskämper	Werkschutz	5. Dezember 1958
Karl Neumann	Platzarbeiter	18. Dezember 1958
Walter Meier	Vorarbeiter	21. Dezember 1958
Karl Thomas	Meister	1. Januar 1959

WIR BEWAHREN IHNEN EIN EHRENDES ANDENKEN

Ernennungen

Henrichshütte

Wilhelm Ecks, Versand, ab 1. Januar 1959 zum Leiter der Abteilung und Handlungsbevollmächtigten.

Verwaltung Witten

Gerhard Nieswandt, Zentr. Rechn.-Prüfst., ab 1. Januar 1959 zum Leiter der Abteilung.

Brackwede

Ostermann, Betrieb I, ist mit Wirkung vom 1. Dezember 1958 zum Werkmeister ernannt worden.

Bongoll, Qualitätsstelle, ist mit Wirkung vom 1. Januar 1959 zum Werkmeister ernannt worden.

Puff, Betrieb II, jetzt Nebenbetriebe, ist mit Wirkung vom 1. Januar 1959 zum Vorarbeiter der Verladekolonne ernannt worden.

Pensionierungen

Henrichshütte (zum 1. Januar 1959)

Karl Möller, Schmelzer (Hochofen), Erreichung der Altersgrenze

Emil Krampen, Kranführer (Kümpelbau), Erreichung der Altersgrenze

Bernhard Gühlke, Kranführer (Kümpelbau), Erreichung der Altersgrenze

Karl Schulz, Pfortner (Werkschutz), Erreichung der Altersgrenze

Pantili Pogodin, Apparatewärter (Masch.-Betrieb), Invalide

Wilhelm Schmidt, Maschinist (Hochofen), Erreichung der Altersgrenze

Franz Krüger, H.-Arbeiter (Hochofen), Invalide

Wir wünschen unseren Pensionären auch für die Zukunft alles Gute!



ANNENER GUSSSTAHLWERK

Ruhrstahl- Aufsichtsratsitz für Betriebsrat- vorsitzer Heinrich Hahne

Auf ihrer Sitzung am 16. Januar 1959 wählten die Arbeitervertreter unter den Betriebsräten der Ruhrstahl-Werke in Hattingen, Annen und Brackwede den Betriebsratsvorsitzenden Heinrich Hahne des Annener Gussstahlwerks zum Kandidaten für den Aufsichtsratsitz der Ruhrstahl AG, der seit dem Tod von Fritz Deus verwaist ist. Das Registergericht hat am 22. Januar Heinrich Hahne zum Mitglied des Ruhrstahl-Aufsichtsrats bis zur nächsten Ruhrstahl-Hauptversammlung bestellt.

Heinrich Hahne, von Beruf Schlosser, kam, nachdem er einige Zeit auf der Henrichshütte gearbeitet hatte. 1938 zum Annener Gussstahlwerk, wo er zunächst als Prüfer beschäftigt war. Von 1945–50 wurde er verschiedentlich dienstverpflichtet, kam dann aber, nun als Schlosser in der Werkzeugmaschinenreparatur des Annener Werkes, auf das Werk zurück.

Im April 1951 wurde Heinrich Hahne erstmalig in den Betriebsrat des Annener Werkes gewählt, wurde 1952 zweiter Vorsitzender und hat seit 1953 den Vorsitz inne.

BEKANNTMACHUNG

In der Zeit von Ende März bis Mitte April finden in unseren Werken die Neuwahlen zum Betriebsrat statt. Die Teilnahme an der Betriebsratswahl ist für jeden Kollegen eine demokratische Pflicht, die auszuüben für ihn eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

Die Ruhrstahl-Betriebsräte

Ferienverschickung

Die Ferienverschickung nach Geitau hat am 12. Januar 1959 begonnen und läuft bis zum 13. Dezember 1959.

Am 6. April fahren wir wiederum im 14-tägigen Wechsel in die Pensionen Haus Thalblick in Dalwigkthal (Korbach) und Haus Blum sowie Haus Kunz in Fussingen und Lahr im Westerwald bis einschließlich 4. Oktober 1959.



Rhein Stahl-Besuch auf der Henrichshütte: Am 13. Januar wohnte Hüttendirektor Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. H. Niedenthal vom Rhein Stahl-vorstand anlässlich eines Informationsbesuches in Anwesenheit von Ruhrstahl-Vorstandsmitglied Prof. Spolders, Werksleiter Dir. Laermann und Dir. Stodt im Stahlwerk der Entgasung einer Stahlcharge bei.



Verglaste Pfortner: Mitte Januar, gerade zur rechten Zeit, bevor der Winter die Hattinger Gefilde heimsuchte, wurden an der neuen Torwaage zwei gläserne Pfortnerhäuschen aufgestellt. Sie sind drehbar und sollen sogar noch mit elektrischen Heizungen ausgestattet werden. Die Pfortner Franz Feuersänger und Otto Weinerl (unser Foto) empfinden diese gläsernen „Schilderhäuschen“ bei widriger Wetterlage als sehr angenehm.



Studiker besuchen die Praxis: Den 28./29. Januar verbrachten 20 Studenten des Gießerei-Instituts der Technischen Hochschule Aachen nebst 8 Assistenten auf der Henrichshütte, um ein „Praktikum“ in Hüttenatmosphäre abzuhalten. Auf unserem Foto folgen sie mit sachverständigen Mienen den Ausführungen von Dipl.-Ing. Hahn (Elektrostahlwerk), der die Wißbegier der von der Praxis beeindruckten Studenten befriedigte.



foto des monats